

# GESELLSCHAFTS FORSCHUNG

# 1 2026

Aktuelle Themen und Nachrichten

## 2 Standpunkt

Die Erbschaftsteuer  
zwischen Symbolpolitik  
und Fiskalbedarf

Jens Beckert

Globale Mindeststeuer:  
Historischer Moment  
oder *politics as usual*?

Lucinda Cadzow

## 6 Presseschau

Forschung des MPIfG  
in den Medien

## 8 Schwerpunkt

**Klimaschutz als Bedrohung?**

Was „Habecks Heizungs-  
Hammer“ über unseren  
Umgang mit Risiken verrät

Philipp Golka

## 13 Thema

Eine intellektuelle Brücke  
über den Atlantik:

Summer Conference on  
Economy and Society

Jens Beckert

## 17 Nachrichten

## 22 Neuerscheinungen

## 24, 32 Veranstaltungen

Konferenzberichte und  
Vorschau Sommer 2026

## 29 Freunde und Ehemalige

Fünf Fragen an ...

Marina Hübner

## 31 Impressum

Schwerpunkt  
**Klimaschutz als Bedrohung?**

# Standpunkt

## Die Erbschaftsteuer zwischen Symbolpolitik und Fiskalbedarf

Bei kaum einem steuerpolitischen Thema ist die Situation so verfahren wie bei der Erbschaftsteuer. Der Gesetzgeber will dieses Eisen am liebsten nicht anfassen. Die politischen Fronten sind verhärtet: Unternehmenslobby und Parteien rechts der Mitte sehen eine Bedrohung wirtschaftlicher Prosperität, Parteien links der Mitte und Gewerkschaften mahnen angesichts wachsender Ungleichheit eine Erhöhung an.

Die rhetorische Aufladung der Debatte steht dabei in einem auffälligen Missver-

hältnis zum Ertrag. Obwohl in Deutschland geschätzt 400 Milliarden Euro jährlich vererbt oder verschenkt werden, erzielt der Staat nur rund 12 Milliarden Euro an Einnahmen – etwa 1 Prozent des Gesamtsteueraufkommens, weniger als aus der Besteuerung von Tabakwaren.

Die in den Debatten angeführten Argumente kreisen seit anderthalb Jahrhunderten um vier große Fragen, die alle mit dem Selbstverständnis der liberalen Gesellschaftsordnung zusammenhängen. Erstens das Verhältnis von Staat und Familie: Ist die Steuer ein illegitimer Eingriff in Familienverhältnisse oder ein notwendiger Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben? Zweitens die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit: Gefährdet die Besteuerung von Betriebsvermögen die Kontinuität der Unternehmen, oder konzentriert eine steuerfreie Vererbung das Kapital auf eine Weise, die den Unternehmergeist erlahmen lässt? Drittens die normative Identität der liberalen Gesellschaft: Steht ihr Versprechen der Chancengleichheit nicht im Widerspruch zur Vermögensvererbung als leistungslosem Vermögensgewinn? Und viertens die politische Identität des Gemeinwesens: Was geschieht mit der demokratischen Willensbildung, wenn Vermögensdynastien sich politischen Einfluss erkaufen können? Bei jedem dieser Themen geht es gewissermaßen ums Ganze – was verstehen lässt, weshalb Reformen sich so schwer tun.

Wie aber verhält sich diese Aufladung zur tatsächlichen Entwicklung? Schaut man auf den historischen Pfad, zeigt sich: Die Argumente blieben stabil, obwohl der politische Kontext sich stark veränderte. Eingeführt wurde die Erbschaftsteuer 1906 in einer Situation, die

---

400 Milliarden Euro werden jährlich vererbt. Der Staat erzielt daraus 12 Milliarden – weniger als aus der Tabaksteuer.

---

durch Aufrüstung, Ausweitung staatlicher Daseinsfürsorge und eine starke Arbeiterbewegung geprägt war. Die ruhige Nachkriegsphase zeichnete sich durch hohes Wachstum und breite Akzeptanz der Steuer als Teil der Sozialen Marktwirtschaft aus. Seit den 1980er-Jahren kennzeichnen marktliberale Wirtschaftspolitik und eine veränderte Machtbalance die weitere Phase, in der Erbschaftsteuern gerade für Betriebsvermögen reduziert und in einigen Ländern ganz abgeschafft wurden.

Es könnte nun sein, dass wir in eine vierte Phase eintreten. Dafür spricht die fiskalpolitische Situation eines enormen öffentlichen Investitionsbedarfs – für Verteidigung, Infrastruktur, Bildung –, der sich nicht allein über Verschuldung finanzieren lässt. Die Art der Aufgaben



### Jens Beckert

ist seit 2005 Direktor am MPIfG. Seine aktuelle Forschung befasst sich mit Erwartungen im wirtschaftlichen Handeln, der Soziologie des Marktes, Erbschaften und Vermögensungleichheit sowie dem Klimawandel.

*Forschungsinteressen:* soziale Einbettung der Wirtschaft; Organisationssoziologie; soziologische Theorie



Lars Klingbeil (SPD) und Friedrich Merz (CDU) stehen vor einer wichtigen Entscheidung: Das Bundesverfassungsgericht prüft die Verfassungsmäßigkeit der Erbschaftsteuer, insbesondere der Steuervorteile für Betriebsvermögen. Die SPD will Großunternehmen stärker besteuern, die CDU/CSU kritisiert das als leistungsfeindlich. Die Entscheidung des Gerichts wird im Laufe dieses Jahres erwartet.

erinnert an die Situation vor dem Ersten Weltkrieg, als der Sozialdemokrat August Bebel die Erbschaftsteuer als „Anstandssteuer“ für die Besitzenden bezeichnete, ihre „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“.

Dieser Bedarf trifft auf ein stetig steigendes Erbvolumen, das mit durchschnittlich etwa 2,5 Prozent besteuert wird. Expertengremien weisen darauf hin, dass eine Erhöhung möglich wäre, ohne volkswirtschaftlich nachteilig zu wirken. Und die hohe Vermögensungleichheit wird zunehmend als Gerechtigkeitslücke erkannt. Entgegen steht dem die erhebliche Macht der Besitzer großer Vermögen. Argumente, dass die Wettbewerbsposition von Unternehmen geschwächt würde, erhalten in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten besonders hohes Gewicht.

Doch die größte Hürde ist die emotionale Aufladung des Themas selbst. Dabei sind die Erwartungen und Befürchtungen meist überzogen. Es geht nicht um konfiskatorische Besteuerung, sondern um überschaubare Anhebungen, die so ge-

staltet werden können, dass sie nicht zum plötzlichen Kapitalentzug führen. Andererseits sollte man sich nicht der Hoffnung hingeben, eine Reform der Erbschaftsteuer könne Probleme sozialer Gerechtigkeit beheben. Historisch haben Erbschaftsteuern in keinem Land je einen nennenswerten Beitrag zur Reduzierung sozialer Ungleichheit geleistet. Ihr Ziel kann nicht mehr sein, als einen begrenzten fiskalischen Beitrag zu leisten und ein Signal zu setzen, dass alle zur Lösung der Herausforderungen beitragen, vor denen das Land steht.

Dabei eröffnet sich derzeit möglicherweise eine auch politisch gangbare Option. Die fiskalischen Herausforderungen lassen sich nicht allein durch Verschuldung lösen. Zur Stabilisierung wird es auch Ausgabenkürzungen bedürfen, die wesentlich den Bereich der sozialen Sicherung betreffen werden – ein Feld, das politisch mindestens ebenso vermint ist wie eine Erhöhung der Erbschaftsteuer. Was wäre, wenn man beide fiskalischen Projekte zusammenlegte? Eine große Reform, bei der sichergestellt ist, dass die

Belastungen von allen getragen werden, könnte politisch umsetzbar sein und im besten Fall einen dringend benötigten Ruck durch das Land gehen lassen.

*Der vorliegende Beitrag ist eine stark gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung von: Jens Beckett, „Die Erbschaftsteuer zwischen Symbolpolitik und Fiskalbedarf“, ifo Schnelldienst 79 (1), 2026, S. 32–35.*

#### Zum Weiterlesen

Jens Beckett

**Unverdientes Vermögen: Soziologie des Erbrechts.** Frankfurt a. M.: Campus, 2004.

Jens Beckett

**Erben in der Leistungsgesellschaft.** Frankfurt a. M.: Campus, 2013.

Jens Beckett

**Varieties of Wealth: Toward a Comparative Sociology of Wealth Inequality.** *Socio-Economic Review* 22 (2): 475–99 (2024).

# Standpunkt

## Globale Mindeststeuer

### Historischer Moment oder *politics as usual*?

Im Oktober 2021, nach Jahren zäher Verhandlungen, einigten sich mehr als 135 Länder auf ein ambitioniertes Abkommen zur globalen Besteuerung. Der sogenannte Zwei-Säulen-Ansatz, ausgehandelt im Rahmen des OECD/G20 Inclusive Framework – einem Gremium, das nahezu alle großen Volkswirtschaften vereint –, sollte die Besteuerung multi-

nationaler Unternehmen grundlegend neu ordnen. Säule 1 sah vor, die Besteuerungsrechte für einen Teil der Gewinne der größten multinationalen Unternehmen an die Länder umzuverteilen, in denen ihre Produkte und Dienstleistungen genutzt werden. Säule 2 sollte eine globale Mindeststeuer von 15 Prozent für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 750 Millionen Euro einführen. Zum

größten multinationalen Unternehmen genutzt werden – größere Besteuerungsrechte auf die dort erzielten Residualgewinne einzuräumen. Die zweite Säule schafft hingegen ein System ineinandergreifender Regeln, das eine Untergrenze für Unternehmenssteuersätze festlegt. Das Prinzip ist einfach: Zahlt ein multinationaler Konzern in einem Land weniger als 15 Prozent Steuern auf seine Ge-



#### Lucinda Cadzow

ist seit 2024 Postdoktorandin am MPIfG. Ihre Forschung konzentriert sich auf den internationalen Steuerwettbewerb und darauf, wie dieser die Wachstumsstrategien von Staaten beeinflusst.

*Forschungsinteressen:* Globale Steuerpolitik; Steuerwettbewerb; Internationale Politische Ökonomie; Macht der Unternehmen

---

Die Einigung galt als stärkster Versuch seit fast einem Jahrhundert, den Steuerwettbewerb zwischen Staaten einzudämmen.

---

Zeitpunkt der Einigung galt das Abkommen als Durchbruch: als stärkster multilateraler Versuch seit fast einem Jahrhundert, den Steuerwettbewerb zwischen Staaten einzudämmen. Zugleich war es ein mutiger Schritt, die Frage neu zu stellen, wer im digitalen Zeitalter eigentlich das Recht hat, Unternehmensgewinne zu besteuern.

Die erste Säule knüpft an frühere Bemühungen an, bestehende internationale Steuerregeln an die digitale Wirtschaft anzupassen. Ihr politisch umstrittenster Teil sieht vor, den Marktstaaten – also den Ländern, in denen die Produkte der

winne, können Länder, die die Mindeststeuer eingeführt haben, die Differenz über eine lokale Tochtergesellschaft des multinationalen Unternehmens nacherheben – eine sogenannte Aufstockungssteuer. Welcher Staat dabei den Vorrang hat, richtet sich nach einer festgelegten Regelrangfolge.

Seit der Einigung im Jahr 2021 haben sich die beiden Säulen unterschiedlich entwickelt. Bei der ersten Säule ist der Prozess bis heute weitgehend zum Stillstand gekommen. Der Grund liegt in einer politisch heiklen Bedingung: Um die geplante multilaterale Konvention zu er-



Beim G20-Gipfel in Rom am 30. und 31. Oktober 2021 werfen Staats- und Regierungschefs Münzen in den Trevi-Brunnen. Auf dem Treffen einigten sich die G20-Staaten auf die Zwei-Säulen-Lösung des OECD-Inclusive-Frameworks gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS).

möglichen, müssten die teilnehmenden Staaten ihre einseitig eingeführten Digitalsteuern abschaffen – jene nationalen Sonderabgaben, mit denen etwa Frankreich oder Großbritannien große Technologiekonzerne auf ihre Einnahmen aus der Erbringung digitaler Dienstleistungen besteuern. Genau das wollten viele Länder nicht. Der Konflikt entwickelte sich zum zentralen Streitpunkt, vor allem zwischen den Vereinigten Staaten und einer Reihe anderer Länder – und eine Lösung ist bislang nicht in Sicht.

Bei der zweiten Säule wurden größere Fortschritte erzielt, allerdings nicht ohne Turbulenzen. Anfang 2025, als Staaten begannen, die neuen Regeln umzusetzen, drohten die Vereinigten Staaten mit „Vergeltungssteuern“ gegenüber Ländern, die die Mindeststeuer einführen wollten. Nach monatelangen Verhandlungen ließen sie diese Drohungen fallen. Das Ergebnis war ein sogenanntes „Side-by-Side“-System: Zunächst einigten sich die G7-Staaten auf diese Lösung; im Januar 2026 wurde sie schließlich im erweiterten Inclusive Framework beschlossen – nachdem China und mehrere EU-Mitgliedstaaten ihre Einwände eingebracht

und Zugeständnisse ausgehandelt hatten. Das System funktioniert als Schutzklausel („Safe-Harbour“): US-Unternehmen werden dadurch von Teilen der Säule-2-Regeln ausgenommen. Kritiker bemängeln, dass dies die Wirksamkeit der Mindeststeuer einschränken könnte.

Handelt es sich also um einen historischen Moment oder doch um Politik „wie gewohnt“? Die Antwort lautet: beides. Das Grundproblem, das Säule 2 angeht – der globale Unterbietungswettbewerb bei Unternehmenssteuern –, wird oft als klassisches Gefangenendilemma beschrieben: Zwar würden alle Staaten in der Theorie Vorteile aus fairen gemeinsamen Regeln ziehen, doch profitieren einige Staaten stärker vom Wettbewerb um niedrige Steuersätze, was die Anreize zur Nichtkooperation verstärkt. Frühere multilaterale Initiativen sind genau bei diesem Dilemma auf erhebliche Herausforderungen gestoßen. Die Forschung zur internationalen Zusammenarbeit zeigt, dass solche Blockaden sich lösen lassen – wenn Staaten bereit sind, Zugeständnisse zu machen, oder gezielt Ausgleichszahlungen anbieten. Die „Side-by-Side“-Regelung lässt sich

als praktisches Beispiel dieser Logik interpretieren. Zugleich stellt die Einigung auf eine globale Mindeststeuer den bislang weitreichendsten multilateralen Versuch dar, das Problem gemeinsamen Handelns zwischen Staaten zu überwinden. Allein diese Einigung markiert einen historischen Schritt in der internationalen Steuerkooperation.

Die größere Bewährungsprobe bleibt jedoch Säule 1. Denn sie entfacht einen jahrzehntelangen Streit neu: Wer darf die Gewinne multinationaler Konzerne besteuern – das Land, in dem ein Unternehmen seinen Sitz hat, oder das Land, in dem es seine Umsätze erzielt? Dieser Konflikt zwischen Sitzstaaten und Marktstaaten prägt die internationale Steuerpolitik seit einem Jahrhundert. Ob es den Staaten gelingt, ihre Interessengegensätze zu überbrücken, ist offen. Der Zwei-Säulen-Ansatz ist daher beides: ein Meilenstein der multilateralen Steuerkooperation und ein Beispiel für *politics as usual*. Er zeigt, dass historische Fortschritte möglich sind – und zugleich, wie mühsam und fragil sie bleiben.

#### Zum Weiterlesen

Lukas Hakelberg

**Forced Exit from the Joint-Decision Trap: US Power and the Harmonisation of Company Taxation in the EU.** *Journal of European Public Policy* 32 (6): 1414–38 (2025).

Rasmus Corlin Christensen

**Harnessing Network Power: Weaponised Interdependence in Global Tax Policy.** *Global Policy* 16 (1): 175–89 (2025).

Jonas Heering, Loriana Crasnic, Abraham Newman

**When Digital Taxes Come Due: National Digital Taxes and the Negotiation of the OECD Inclusive Framework.** *New Political Economy* 30 (2): 178–93 (2025).

# Forschung des MPIfG in den Medien

Martin Höpner

## Wendepunkt im EU-Recht

Frankfurter Allgemeine Zeitung

29. April 2026

Am 21. April 2026 erklärte der EuGH Ungarns LGBTQ-feindliches Kinderschutzgesetz für unionsrechtswidrig. Martin Höpner sieht darin einen Wendepunkt. Entscheidend ist die Begründung: Erstmals stützt sich der Gerichtshof allein auf die Unionswerte aus Artikel 2 des EU-Vertrags, ohne konkrete Vertragsnormen. Damit erweitert er die Wertaufsicht der EU auf bisher nicht übertragene Politikfelder. Weil Werte wie Gleichheit interpretationsoffen sind, werden künftige Urteile unvorhersehbar. Und ausgerechnet im Namen der Demokratie wird demokratische Kontrolle ausgehebelt. Höpner warnt: Die „Integration durch Recht“ hat einen kritischen Punkt erreicht.

<https://tinyurl.com/Hoepner-FAZ2026>

Emma Ischinsky

## Die Superkraft der Reichsten ist Unsichtbarkeit

Surplus – Das Wirtschaftsmagazin

28. April 2026

Fast ein Viertel der reichsten Deutschen taucht in acht großen Medien über mehr als zwanzig Jahre nicht auf. Besonders wenig Berichterstattung erhalten Vermögen, die in der Zeit des Nationalsozialismus aufgebaut wurden. Ischinsky beschreibt dieses Muster als „selektive Ignoranz“. Medien fokussieren sich auf Einzelfiguren und Erfolgsgeschichten. So fehlt die Grundlage für eine informierte politische Debatte über Vermögensverhältnisse – eine Demokratie kann nur verändern, was sie kennt.

<https://tinyurl.com/Ischinsky-Surplus2026>

Pálma Polyák

## Europe's Resistance to Chinese Investment Has Stalled

Financial Times | 23. April 2026

The EU has struggled to mount a cohesive response to major Chinese investment in EV, battery, and rail, sectors in which production has attracted criticism over environmental and labor standards and for undercutting EU competitors. The EU's approach remains fragmented across different national positions, with some welcoming capital and others seeing strategic risk. As Pálma Polyák notes, „Europe's internal divisions undermine its ability to respond strategically and secure a favourable position in an emerging global green division of labour.“

<https://tinyurl.com/Polyak-FinancialTimes2026>

Carola Westermeier

## Wer kontrolliert das neue digitale Geld?

Frankfurter Allgemeine Zeitung

14. April 2026

Digitale Zahlungen sind fast vollständig in privater Hand, gesteuert von Konzernen wie Visa oder PayPal. Carola Westermeier und David Hengsbach (Goethe-Universität Frankfurt) zeigen, wie sich diese Privatisierung des Geldsystems vertieft und politisch genutzt wird, etwa zur Stärkung der Dollardominanz. Der digitale Euro soll als „öffentliches Gut“ gegensteuern, bleibt im geplanten hybriden Modell aber stark von Banken abhängig. Entscheidend ist, ob Europa digitales Geld als gesellschaftliche Infrastruktur versteht.

<https://tinyurl.com/Westermeier-FAZ2026>

Pálma Polyák

## Was sich unter Péter Magyar in der EU-Politik ändern könnte

Kölner Stadt-Anzeiger | 13. April 2026

Ungarn nach Orbán: Wird Péter Magyar die EU-Politik des Landes wirklich verändern? Im Interview mit dem Kölner Stadt-Anzeiger erläutert Pálma Polyák, warum der Regierungswechsel weniger bewirken dürfte, als viele hoffen. Zwar könnte Magyar die ungarische Blockadepolitik in der EU beenden und Reformen anstoßen, doch beim Thema Migration hält auch er an einem rechtskonservativen Kurs fest. Zudem erschweren Orbáns Netzwerke und die Energieabhängigkeit von Russland tiefgreifende Veränderungen.

<https://tinyurl.com/Polyak-KStA2026>

Jens Beckert

### Die Erbengesellschaft

ORF | 28. März 2026

Wer erbt, hat es leichter – wer nicht erbt, hat das Nachsehen, zeigt Jens Beckert im Interview mit dem ORF. Rund 400 Milliarden Euro werden in Deutschland jährlich vererbt; doch die Hälfte der Bevölkerung erbt überhaupt nichts. Der Begriff „Erbengesellschaft“ verschleiert diese Ungleichheit. Emotional aufgeladen ist das Thema durch die enge Verbindung von Vermögen und Familie, die staatliche Eingriffe wie höhere Steuern politisch schwer durchsetzbar macht.

<https://tinyurl.com/Beckert-ORF2026>

Dustin Voss

### Nein, Blackrock interessiert sich nicht für die Arbeitenden

Surplus – Das Wirtschaftsmagazin

24. März 2026

Kapitalmärkte sollen allen zugutekommen, so jüngst Larry Fink, Chef des weltgrößten Vermögensverwalters Blackrock. Dustin Voss prüft dieses Versprechen an einem konkreten Fall: dem Streit um die Dauer von Aufsichtsratsmandaten in deutschen Großunternehmen. Das Ergebnis ist eindeutig. Blackrock und andere internationale Investoren haben sich dafür eingesetzt, die Amtszeiten zu verkürzen und damit die Kontrolle der Aktionäre zu stärken – auf Kosten der Mitbestimmung.

<https://tinyurl.com/Voss-Surplus2026>

Jens Beckert

### Die Erbschaftsteuer als politisches Instrument

Deutschlandfunk | 1. März 2026

Jens Beckert erklärt, warum die Erbschaftsteuer seit über einem Jahrhundert so heftig umkämpft ist: Sie rührt an das Selbstverständnis einer Gesellschaft, die Wohlstand an Leistung knüpft, ihn aber über Generationen vererbt. Familiäre Solidarität steht gegen Chancengleichheit, Unternehmensschutz gegen wachsende Vermögenskonzentration. Beckert plädiert für eine Neubewertung.

<https://tinyurl.com/Beckert-DLF2026>

Karen Lillie

### Gucci-Schuhe und Rolex zur Schuluniform

Berliner Zeitung | 21. Januar 2026

Die Leysin American School, ein Eliteninternat in den Schweizer Alpen, verspricht Schülern aus Schwellenländern den Eintritt in eine globale Elite. Karen Lillie begleitete Absolventen acht Jahre. Ihr Befund widerlegt das Versprechen transnationaler Elitenbildung: Statt internationale Netzwerke aufzubauen, kehren die meisten ins Familienunternehmen zurück. Die Schulzeit dient als kulturelles Kapital – Englischkenntnisse und Auslandserfahrung legitimieren Privilegien zu Hause.

<https://tinyurl.com/Lillie-BerlinerZeitung2026>

Leon Wansleben

### Gymnasien gibt's nur für Reiche

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 11. Januar 2026

Öffentliche Schulen, Krankenhäuser und Kitas sollen Ungleichheit abbauen. Doch in Deutschland ist der Zugang in wohlhabenden Gegenden systematisch besser als in ärmeren Vierteln. Wo die Quadratmetermiete einen Euro höher liegt, gibt es zehn Prozent mehr Schulen im Umkreis. Leon Wansleben zeigt, dass schwache Bedarfsplanung reichere Familien bevorzugt. Die Verteilung öffentlicher Güter verstärkt bestehende Privilegien.

<https://tinyurl.com/Wansleben-FASZ2026>

Dustin Voss

### Teuer mieten statt kaufen

detektor.fm, Podcast „Wissenschafts- quartett“ | 18. Dezember 2025

Deutschland hat nach der Schweiz die höchste Mietquote weltweit. Institutionelle Investoren kaufen Wohnungsbestände und legen Modernisierungskosten auf die Mieten um. Dustin Voss erklärt: Mieter zahlen zunehmend an Investoren, für die Wohnungen Anlageobjekte sind. In einkommensschwachen Quartieren finanziert der Staat die Miete über Wohngeld und Grundsicherung verlässlich mit. Da Jüngere überwiegend mieten und Ältere vermieten, wird der Wohnungsmarkt zur Umverteilungsmaschine. Voss fordert besseren Mieterschutz und mehr staatlichen Wohnungsbau.

<https://tinyurl.com/Voss-detektor-fm2025>

Diese und weitere aktuelle Beiträge unter

[www.mpifg.de/mpifg-in-medien](http://www.mpifg.de/mpifg-in-medien)



# Schwerpunkt Klimaschutz als Bedrohung?

**Ein Klimaschutzgesetz, das bis zu 70 Prozent der Kosten erstattet und trotzdem scheitert. Warum half staatliche Entlastung nichts gegen die Wut über „Habecks Heizungs-Hammer“? Eine Analyse von 112 TikTok-Videos mit insgesamt 26 Millionen Aufrufen liefert eine überraschende Antwort: Der Diskurs folgte keiner Risikoabwägung, sondern einer Bedrohungslogik, die Klimapolitik als bewusste Schädigung durch einen vermeintlich übergriffigen Staat darstellte.**

„Habecks Heizungs-Hammer“ – als die Bild-Zeitung im Februar 2023 einen Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) unter dieser Überschrift veröffentlichte, begann eine der heftigsten klimapolitischen Kontroversen der jüngeren deutschen Geschichte. Innerhalb weniger Monate verschärfte das Gesetz die Konflikte in der Ampelkoalition, ließ die Zustimmungswerte der Grünen einbrechen und trug maßgeblich zum vorzeitigen Scheitern der Regierung bei. Bereits im April 2025 hielt der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung die weitgehende Abschaffung des Gesetzes fest. Kern der Kontroverse waren die potenziellen Kosten, die durch das GEG auf die Bürger\*innen zukämen. Doch obwohl die Ampelregierung innerhalb von nur zwei Monaten mit dem Kabinettsbeschluss vom April 2023 eine

staatliche Kostenübernahme von bis zu 70 Prozent vorsah, blieb dieser Versuch, den Widerstand durch finanzielle Entlastung zu entschärfen, nahezu wirkungslos. Wie konnte ein Klimaschutzgesetz in einer Gesellschaft, die Klimaschutz mehrheitlich befürwortet, politisch so verheerend wirken – und warum half es nicht einmal, als der Staat den Großteil der Kosten übernahm? Diesen Fragen gehe ich gemeinsam mit Franziska Heimrich anhand der GEG-Debatte in einem Teilprojekt meines Forschungsprojekts „Klimabezogene Bedrohungen privater Vermögen“ am MPIfG nach.

## Vierzig Jahre Risikogesellschaft

Einen Rahmen für dieses Phänomen liefert Ulrich Beck's *Risikogesellschaft*, vierzig Jahre nach ihrem Erscheinen

aktueller denn je. Beck argumentierte darin, dass moderne Gesellschaften wesentlich durch den Umgang mit Risiken geprägt werden, die sie im Zuge der technologischen Modernisierung selbst erzeugen. Sein Buch erschien kurz nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl – und auch heute sehen sich Gesellschaften einer Fülle von Gefahren gegenüber: von Gesundheitsgefahren über technologische Umwälzungen durch Künstliche Intelligenz bis hin zum Klimawandel. Doch die Gesellschaften, die mit diesen Gefahren konfrontiert werden, haben sich seit 1986 tiefgreifend verändert.

Die Klimakrise erzeugt zwei gegenläufige Risikoprobleme. Auf der einen Seite verursachen klimatische Veränderungen vielschichtige wirtschaftliche Verluste –

von Ernteausfällen bis zu Flutschäden. Diese Folgen des Klimawandels sind bereits spürbar, werden sich aber künftig noch verschärfen. Auf der anderen Seite erzwingt die zur Eindämmung des Klimawandels notwendige Dekarbonisierung der Wirtschaft – also die schrittweise Abkehr von Kohle, Öl und Gas – ihrerseits erhebliche ökonomische Verluste. Zwar eröffnet die Energiewende – etwa durch erneuerbare Energien oder die Elektrifizierung des Verkehrs – auch neue wirtschaftliche Chancen; unter Einbeziehung der vermiedenen Klimaschäden verweist eine Vielzahl wissenschaftlicher Studien auf eine insgesamt positive ökonomische Bilanz des Klimaschutzes. Dennoch müssen dazu profitable Wirtschaftszweige wie die Förderung fossiler Energien aufgegeben oder drastisch verkleinert werden. Die Klimakrise

## Die ökonomische Sicherheit aller Gruppen lässt sich nicht gleichzeitig gewährleisten.

stellt Gesellschaften damit vor ein Verlustdilemma: Die ökonomische Sicherheit unterschiedlicher Gruppen von Vermögenseigentümer\*innen lässt sich nicht gleichzeitig gewährleisten. Zwar mag Dekarbonisierung langfristig und gesamtgesellschaftlich die wesentlich profitablere Option sein, jedoch trifft dies nicht unbedingt kurzfristig und für alle gleichermaßen zu.

### Klimapolitik als Machtkampf

Wie gehen Gesellschaften mit diesem Dilemma um? Und inwiefern prägen diese ökonomischen Risiken die Klimapolitik? Jeff Colgan, Jessica Green und Thomas Hale entwickelten vor einigen Jahren ein Modell, welches das Zustandekommen sowie die Akzeptanz von Klimapolitik durch ökonomische Risiken erklärt. Klimapolitik, so ihr Argu-

ment, ist das Ergebnis eines Machtkampfs zwischen Eigentümer\*innen von Vermögenswerten, die entweder vom Klimawandel bedroht sind (zum Beispiel küstennahe Immobilien) oder von Klimapolitik betroffen wären (zum Beispiel die Ölindustrie).

Aus soziologischer Perspektive ist ein solches Modell jedoch fragwürdig, weil es soziales Handeln ausschließlich auf materielle Interessen zurückführt und die Rolle gesellschaftlicher Diskurse und kultureller Werte übersieht. Eine weitere Schwäche des politökonomischen Modells liegt darin, dass viele Akteure gar nicht wissen, welchen klimabezogenen Risiken ihr Vermögen tatsächlich ausgesetzt ist. Der Grund dafür liegt in der Struktur moderner Finanzmärkte: Ein Großteil der globalen Vermögenswerte wird nicht direkt gehalten, sondern über Fonds verwaltet, die sowohl Unternehmen aus dem fossilen Energiesektor als auch klimagefährdete Branchen wie Landwirtschaft, Ernährung oder Versicherungen enthalten. Viele Kapitaleigentümer\*innen können daher kaum beurteilen, ob sie stärker vom Klimawandel oder von Klimapolitik finanziell betroffen sind.

Darüber hinaus sind Vermögenswerte in unterschiedlichen sozialen Kontexten eingebettet. Ein Verlust in einem ohnehin volatilen Aktiendepot mag sozial vollkommen anders wirken als ein Verlust gleicher Höhe in Bezug auf ein privates Eigenheim. Die soziale Wirkung (antizipierter) Verluste hängt also von ihrer kontextabhängigen sozialen Deutung ab. Dies bedeutet zudem, dass sich Risiken nicht einfach als Anfangsbedingungen sozialen Handelns voraussetzen lassen. Sie entstehen vielmehr als Ergebnis sozialer Prozesse der Selektion, Konstruktion und Organisation – das heißt, sie müssen wahrgenommen, benannt und als handlungsrelevant anerkannt werden. Daraus ergibt sich eine weiterführende Frage: Werden die erwarteten Verluste durch Klimawandel und Klimapolitik überhaupt gesellschaftlich *als Risiken* verhandelt?

### Drei Begriffe, drei angenehme Ursachen – unterschiedliche soziale Folgen?

*Gefahr*: antizipierte Verluste, denen keine Handlungsintention zugeschrieben wird (etwa ein Meteoriteneinschlag)

*Risiko*: ein antizipierter Verlust als Nebenfolge einer als positiv bewerteten Handlungsabsicht (etwa Investitionsrisiken)

*Bedrohung*: ein antizipierter Verlust, der einer negativen Handlungsintention zugeschrieben wird (etwa ein Überfall)

Der Autor verwendet die Begriffe in Anlehnung an Fabrizio Battistelli und Maria Grazia Galantino: „Dangers, Risks and Threats: An Alternative Conceptualization to the Catch-All Concept of Risk“. *Current Sociology* 67 (1): 64–78 (2019).



### Philipp Golka

ist seit 2023 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Wirtschaftssoziologie am MPIfG tätig. Seine aktuelle Forschung konzentriert sich auf die Auswirkungen der Klimakrise auf Vermögen; hierfür entwickelt er eine Soziologie bedrohter Vermögenswerte.

*Forschungsinteressen*: Finanzmärkte; Vermögen und Ungleichheit; Politische Ökonomie; Wirtschaftssoziologie



*Nichts sagen, nichts hören, nichts sehen: Ein Großteil der globalen Vermögenswerte wird nicht direkt gehalten, sondern über Fonds verwaltet. So werden klima-bezogene Risiken im Finanzsystem oft ausgeblendet oder nicht als handlungsrelevant anerkannt. Eine Demonstration im Jahr 2020 in Basel fordert eine stärkere Regulierung des Schweizer Finanzplatzes hinsichtlich Klimarisiken.*

## 26 Millionen Aufrufe gegen ein Gesetz

Um diese Frage zu beantworten, wurde in einem Teilprojekt des hier vorgestellten Forschungsprojekts der Diskurs um das Gebäudeenergiegesetz der vorherigen rot-grün-gelben Bundesregierung untersucht. Der Fall des GEG ist für die vorliegende Forschungsfrage besonders aufschlussreich, da er einen seltenen natürlichen Test für das politökonomische Erklärungsmodell darstellt: Dem politökonomischen Modell zufolge hätte die staatliche Kostenübernahme von bis zu 70 Prozent die Akzeptanz der Klimaschutzmaßnahme GEG deutlich steigern müssen. Das geschah jedoch nicht und das GEG blieb trotz dieser Änderungen äußerst unpopulär.

Was erklärt das Ausbleiben der akzeptanzsteigernden Wirkung der staatlichen Kostenübernahmen? Um das herauszufinden, untersuchten wir den Diskurs um das GEG von März 2023 bis zum Frühjahr 2024. Dabei konzentrierten wir uns auf soziale Medien – denn eine

der zentralen gesellschaftlichen Veränderungen seit Becks *Risikogesellschaft* ist das Aufkommen von Social-Media-Plattformen. Ein erheblicher Teil der politischen Öffentlichkeit findet inzwi-

**Die staatliche Kostenübernahme erschien nicht als Entlastung, sondern als weitere Bedrohung.**

schen dort statt, wird dabei aber durch die Algorithmen und die spezifische Medialität der Plattformen geprägt – verkürzte Aufmerksamkeitsspannen und die Logik von Reichweite und Empörung – und unterscheidet sich strukturell von den printmedialen Diskursen der Nachkriegszeit. Politische Debatten in sozialen Medien sind häufig stärker

emotionalisiert und personifiziert und können dadurch eine eigene Dynamik entfalten.

Für unsere Untersuchung analysierten wir 112 der meistgeschauten TikTok-Videos zum GEG. Diese erreichten zusammen gut 26 Millionen Wiedergaben; zum Vergleich: Die Tagesschau hat eine durchschnittliche Reichweite von rund 9 Millionen. Das zentrale Ergebnis unserer Untersuchung: Der Social-Media-Diskurs um das GEG folgte einer Bedrohungslogik, in der die staatliche Kostenübernahme nicht als risikomindernde Maßnahme erschien, sondern als eine weitere Bedrohungsquelle. Kennzeichnend war, dass der Diskurs zwar antizipierte finanzielle Verluste thematisierte, diese aber zur Konstruktion einer Täter-Opfer-Beziehung instrumentalisierte.

### Logik der Bedrohung

Diese Logik der Bedrohung entfaltete sich auf zwei Ebenen. Erstens wurden die geschätzten Schadensausmaße teils massiv übertrieben, um den Eindruck



Flutkatastrophen, Ernteausfälle, Extremhitze – die Folgen des Klimawandels sind in Deutschland längst spürbar und werden sich künftig noch verschärfen. Dennoch stößt Klimapolitik auf erhebliche gesellschaftliche Widerstände, selbst wenn der Staat einen Großteil der Kosten übernimmt. Das Konzept der Bedrohungs-gesellschaft liefert einen neuen Erklärungsansatz.

einer Opfergemeinschaft zu erzeugen. In einem Video etwa lief ein Influencer unter der Überschrift „Alle wertlos“ durch eine Straße mit Fachwerkhäusern und behauptete, alle dort sichtbaren Gebäude seien – „wie Millionen von Gebäuden in Deutschland“ – aufgrund des GEG „nichts mehr wert“. Zweitens unterstellten die Videos den politisch Verantwortlichen negative Absichten: Das eigentliche Ziel des Gesetzes – die Dekarbonisierung der Wärmezeugung – wurde in der Regel nicht genannt. Stattdessen wurde das Bild eines elitären Netzwerkes entworfen, das aus „grünlinker Ideologie“ heraus versuche, die Marktwirtschaft in eine staatlich gelenkte „Planwirtschaft“ umzubauen. In dieser Deutungslogik wurde auch die staatliche Kostenübernahme zur Bedrohungsquelle. Die damit verbundene finanzielle Erleichterung für private Haushalte wurde in den Videos so gut wie gar nicht thematisiert. Stattdessen rückten die staatlichen Ausgaben selbst ins Zentrum der Bedrohungserzählung: Da sie teilweise über Schulden finanziert würden, wurden sie

als „Wohlstandsvernichtungspolitik“ gebrandmarkt.

### Von der Risiko- zur Bedrohungs-gesellschaft

Aus diesen ersten Befunden lassen sich wichtige Erkenntnisse ableiten. Die erste betrifft eine strukturelle Besonderheit der Dekarbonisierung: Anders als bei den meisten Risiken, die als unerwünschte Nebenfolgen technologischen Wandels entstehen, erfordert die Dekarbonisierung den gezielten staatlichen Abbau funktionierender und profitabler Wirtschaftszweige, um schlimmere Klimafolgen zu verhindern. Wie Timur Ergen (Universität Bremen und ehemals MPIfG) und Luuk Schmitz (MPIfG) jüngst in der Fachzeitschrift *Regulation & Governance* herausgearbeitet haben, besteht gerade in dieser Aufgabe des „managing decline“ – des kontrollierten Rückbaus – eine zentrale Herausforderung und Besonderheit staatlichen Handelns in der Klimakrise. Die TikTok-Studie ergänzt diese Perspektive um eine weitere Herausforderung, die sich aus

der Notwendigkeit der sozialen Deutung staatlichen Handelns ergibt.

Gerade weil Dekarbonisierung zwangsläufig eine intentionale, staatlich herbeigeführte Entwertung fossiler Vermögenswerte bedeutet, lässt sie sich im Rahmen einer Täter-Opfer-Beziehung eines Bedrohungsdiskurses als bewusste Schädigung deuten – mit dem Staat oder politischen Akteuren in der Täterrolle. Dadurch kann es zu einer Problemverlagerung (*problem shift*) kommen, die sich negativ auf die Akzeptanz von Klimapolitik auswirken kann: In dem Maße, in dem gesellschaftlich primär über die Absichten der handelnden Akteure diskutiert wird, gerät die Frage nach der gesellschaftlichen Bewältigung des Klimawandels in den Hintergrund.

Damit offenbart sich eine gesellschaftliche Dynamik, die sich von Ulrich Becks *Risikogesellschaft* unterscheidet. Für Beck waren Risiken unausweichliche Nebenfolgen technologischer Modernisierung, aber sie setzten zugleich gesellschaftli-

che Prozesse ihrer Bearbeitung in Gang, die häufig ihrerseits neue Risiken und Ungleichheiten erzeugten. Doch trotz aller Ungleichheiten in der Risikoverteilung blieb die kollektive Auseinandersetzung mit diesen Risiken das Ziel des Diskurses. Der hier identifizierte Bedrohungsdiskurs folgt einer anderen Logik.

gen werden das Forschungsprojekt in den nächsten Jahren beschäftigen.

#### Von Beck zum Backlash?

Vierzig Jahre nach dem Erscheinen der *Risikogesellschaft* lässt sich diese in einem anderen Licht bewerten. Für Beck zeichnete sich die Moderne gerade durch die

lich verhandel- und bearbeitbar. In der Folge entwickelten sich lokale, nationale und internationale Institutionen – von Behörden des Gesundheitsschutzes bis hin zum Weltklimarat –, die Risiken modellieren und quantifizieren und damit lenkend in politische Prozesse eingreifen. In einer Bedrohungsgesellschaft dienen Gefahren primär als Werkzeug, um eine soziale Grenze zwischen (vermeintlichen) Opfern von (vermeintlich) destruktiv handelnden Akteuren zu erzeugen. Das verändert die Rolle der Institutionen, die gesellschaftliche Risiken modellieren und quantifizieren: Wer Gefahren als gesamtgesellschaftliches Problem beschreibt, stellt sich damit gegen politische Projekte, die auf solchen Grenzziehungen aufbauen. Der Weg von der Risikogesellschaft zur Bedrohungsgesellschaft ist deshalb geprägt von Angriffen auf eben jene – meist wissenschaftlichen – Institutionen, die uns Gefahren als gemeinsam zu bewältigende Probleme verstehen lassen. Wie moderne Gesellschaften auf diese Angriffe reagieren können, ist daher eine der drängendsten politischen Fragen der Gegenwart.

## In einer Bedrohungsgesellschaft dienen Gefahren als Werkzeug, um soziale Grenzen zu erzeugen.

Materielle Risiken dienen primär als Mittel, um eine Täter-Opfer-Beziehung zu konstruieren, und nicht als Ausgangspunkt für die Suche nach Lösungen. Dies wirft die Frage auf, ob und inwiefern gegenwärtige Gesellschaften zunehmend durch eine solche Bedrohungslogik strukturiert werden – wir uns also von einer Risiko- in eine Bedrohungsgesellschaft entwickeln –, welche Faktoren diese Entwicklung erklären und welche Folgen sich daraus ergeben. Diese Fra-

Erzeugung von Gefahren wie Umwelt- und Klimaproblemen aus, die durch ihr Ausmaß zu einer Gefahr für die Moderne selbst wurden. Doch in dem Maße, in dem heutige Gesellschaften ihre selbst erzeugten Gefahren in einem Täter-Opfer-Schema anstelle sozialer und technologischer Lösungen bearbeiten, lässt sich rückblickend eine weitere Errungenschaft der Moderne festhalten. Durch ihre Eingrenzung von Gefahren *als Risiken* machte sie diese überhaupt erst gesellschaft-

### Zum Weiterlesen

Ulrich Beck

**Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne.** Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1986.

Jeff D. Colgan, Jessica F. Green, Thomas N. Hale

**Asset Revaluation and the Existential Politics of Climate Change.** *International Organization* 75 (2): 586–610 (2021).

Mary Douglas, Aaron Wildavsky

**Risk and Culture: An Essay on the Selection of Technological and Environmental Dangers.** Berkeley: University of California Press, 1983.

Rebecca Elliott

**The Sociology of Climate Change as a Sociology of Loss.** *European Journal of Sociology/Archives européennes de sociologie* 59 (3): 301–37 (2018).

Timur Ergen, Luuk Schmitz

**Picking Losers: Climate Change and Managed Decline in the European Union.** *Regulation & Governance* 19 (2): 383–98 (2025).

Philipp Golka, Franziska Heimrich

**Vom Risiko zur Bedrohung: Klimapolitik und die diskursive Bearbeitung imaginierter Verluste.** MPIfG Discussion Paper, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln (im Erscheinen).

Philipp Golka, Steffen Murau, Jan-Erik Thie

**Public Sustainable Finance: von nachhaltigen Finanzmärkten zur sozialökologischen Transformation.** *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 92 (1): 97–112 (2023).

Andreas Reckwitz

**Verlust: Ein Grundproblem der Moderne.** Berlin: Suhrkamp, 2024.

Leon Wansleben, Carlotta Terhorst

**Ungleichheiten in der grünen Transformation: Die prädistriktive Macht von Infrastrukturen.** *Zeitschrift für Soziologie* 54 (3): 342–61 (2025).

# Eine intellektuelle Brücke über den Atlantik

**Seit zwanzig Jahren findet jeden Sommer eine ungewöhnliche wissenschaftliche Tagung statt: die *Summer Conference on Economy and Society*. Was als kleiner Workshop begann, bringt Jahr für Jahr Promovierende und etablierte Forschende aus Europa und den USA zusammen. Im Mittelpunkt steht der Austausch zu Forschungsarbeiten an der Schnittstelle von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Daraus ist ein Netzwerk gewachsen, das Karrierewege und institutionelle Kooperationen langfristig prägt.**

Von Jens Beckert

Im Sommer 2006 traf sich eine kleine Gruppe von Forschenden aus Soziologie und Politischer Ökonomie in der Villa Vigoni am Comer See – ein explorativer Workshop, nicht mehr. Doch aus diesem Treffen wurde eine Tradition. Der Ansatz ist ungewöhnlich: Im Zentrum stehen nicht fertige Ergebnisse oder prominente Vortragende, sondern Promovierende – und das Gespräch. Aus diesem Treffen entwickelte sich die *Summer Conference on Economy and Society*, die seit nunmehr zwanzig Jahren ein regelmäßiger Begegnungsort für Nachwuchsforschende sowie für Professorinnen und Professoren führender Universitäten beiderseits des Atlantiks ist.

Das Format ist denkbar einfach: Über vier Tage hinweg wechseln sich Keynote-Vorträge von etablierten Forschenden mit intensiven Workshop-Sitzungen, in denen Promovierende ihre laufenden Dissertationsprojekte vorstellen, ab. Dahinter steht die Grundüberzeugung: Wissenschaftlicher Fortschritt entsteht durch kontinuierlichen akademischen Austausch über institutionelle, disziplinäre und akademisch-kulturelle Grenzen hinweg.

Zum Netzwerk der Konferenz gehören seit ihrer Gründung das MPIfG, Sciences Po und die Northwestern University; später kamen die Brown University, die

University of California, Berkeley, sowie die Central European University hinzu. Zeitweise waren auch die Harvard University, die Columbia University und das European University Institute Teil des Verbunds. Die Tagung findet alternierend an den beteiligten Institutionen statt. Ihre Kontinuität ist bemerkenswert: Aus einer einmaligen Initiative ist über die Jahre eine dauerhafte intellektuelle

Brücke über den Atlantik geworden – ein Forum, das Forschungstraditionen und Generationen von Forschenden miteinander verbindet.

**Dialog zwischen Forschungsfeldern** Wirtschaftssoziologie und Politische Ökonomie beschäftigen sich beide mit dem Kapitalismus, haben sich jedoch in unterschiedlichen disziplinären und nationalen

---

*Die Summer Conference jährt sich 2026 zum zwanzigsten Mal. Das Ziel bei der Gründung war ein dauerhafter Dialog zwischen Wirtschaftssoziologie und Politischer Ökonomie. 2023 fand die Konferenz an der Northwestern University in Chicago statt.*



Kontexten verschieden entwickelt. Die europäische Soziologie betont Institutionen, soziale Beziehungen und die gesellschaft-

stehen. Fragen zu Märkten erfordern Aufmerksamkeit auch für Institutionen, kulturelle Praktiken und politische Konflikte. Genau für diese Art integrativer Diskussion steht die Konferenz.

Über die Jahre ist so ein dichtes Netzwerk gewachsen: Fakultätsmitglieder kehren regelmäßig zurück; ehemalige Promovierende nehmen bisweilen erneut teil, sofern sie eine akademische Laufbahn verfolgt haben. Aus Begegnungen sind Kooperationsprojekte und institutionelle Partnerschaften entstanden, darunter auch Promotionsprogramme zwischen einzelnen Partnerinstitutionen.



*"The 2006 Summer Conference at Villa Vigoni was my first research retreat. The network formed then and the occasions to go back to these discussions over the years have been essential to my academic career. They have shaped my approach as a researcher and helped me build institutional partnerships that had a lasting impact on the field."*

**Cornelia Woll**, Professor of International Political Economy, Hertie School.

liche Einbettung von Märkten; die amerikanische Politische Ökonomie arbeitet häufig stärker mit formalen Modellen, vergleichender Institutionenanalyse und Fragen öffentlicher Politik. Hier einen dauerhaften Dialog zu schaffen – das war das Ziel bei der Gründung.

Diese Motivation gewann mit veränderten Rahmenbedingungen an Dringlichkeit. Die Finanzkrise von 2008, wachsende gesellschaftliche Ungleichheiten und die politischen Folgen wirtschaftlicher

Thematisch blieb die Bandbreite bewusst offen. Die Beiträge behandelten Arbeitsmärkte, Wohlfahrtsstaaten, Unternehmensorganisation, Finanzsysteme, technologischen Wandel, Migration und Prozesse der ökologischen Transformation. Kein einheitliches Paradigma, kein enger Kanon: Der Wert der Konferenz liegt darin, die Teilnehmenden mit unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und empirischen Strategien vertraut zu machen und sie anzuregen, ihre Forschung in einen breiteren wissenschaftlichen Zusammenhang einzuordnen.

### Eine Konferenz für den wissenschaftlichen Nachwuchs

Im Mittelpunkt der Summer Conference steht der wissenschaftliche Nachwuchs. Jede Partnerinstitution entsendet eine kleine Gruppe von Promovierenden, begleitet von Fakultätsmitgliedern, die in den Sitzungen die Rolle von Discussants einnehmen und moderieren. Präsentiert wird *work in progress*, keine abgeschlossenen Arbeiten.

In einer Zeit großer, schnell getakteter Konferenzen und Kongresse folgt die Summer Conference bewusst einem anderen Modell. Wenige Teilnehmende, lange Sitzungen, im Mittelpunkt die Diskussion. Informelle Gespräche beim gemeinsa-



*"The small group format brought together longtime colleagues and newcomers alike, and I found myself in rare conversations with senior scholars*

*and peers that felt as natural and warm as they were intellectually serious. I left feeling, for the first time, that I had found my academic home."*

**Danyang Li**, doctoral researcher, UC Berkeley.

Das verändert die Atmosphäre grundlegend. Ohne den Druck, fertige Ergebnisse verteidigen zu müssen, verlaufen Diskussionen explorativ statt kompetitiv. Erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geben ausführliches Feedback, methodische Hinweise und konstruktive Kritik. Mindestens ebenso wertvoll ist der Austausch unter den Promovierenden selbst: Sie begegnen Fragestellungen und Herangehensweisen, die an ihren Heimatinstitutionen möglicherweise keine Rolle spielen.

men Essen oder bei Spaziergängen gelten als wichtiger Teil der Veranstaltung und nicht als bloßer Rahmen. Zwei Jahrzehnte zeigen, wie unersetzlich persönliche Begegnung bleibt.

### Der Wert der Kontinuität

Seit ihrer Gründung findet die Tagung jährlich statt, mit einer einzigen Unterbrechung während der Pandemie, als eine Ausgabe online durchgeführt wurde. Gerade diese Beständigkeit ist zu einer ihrer größten Stärken geworden. Kernthemen wie Kapitalismus, Ungleichheit und sozialer Wandel kehren regelmäßig wieder – in jeweils neuen empirischen oder theoretischen Zusammenhängen – und prägen so, leise aber nachhaltig, die Entwicklung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten.



*"With the possible exception of Jens Beckert, I have been to more Summer Conferences than anyone. Experience has taught me to look forward to each event. These conferences never fail to succeed, and the questions remain as interesting as the answers. Am I stepping into the same river twice?"*

**Bruce G. Carruthers**, Professor of Sociology, Northwestern University.

Transformationen zeigten: Ökonomische Prozesse lassen sich ohne ihre sozialen und politischen Kontexte nicht ver-

Für viele ist die Summer Conference die erste Gelegenheit, ihre Forschung einem internationalen Publikum vorzustellen. Sie ist damit auch eine Schule für das Formulieren von Argumenten, den Umgang mit Kritik und die Einordnung der eigenen Arbeit in größere Debatten.





Der Wert der Summer Conference liegt damit auch in der Produktion und Weitergabe von Wissen. Sie begleitet

beim Aufbau professioneller Kontakte. Zugleich erhält sie den Dialog zwischen unterschiedlichen akademischen Traditionen lebendig.

Gemeinschaft geworden – und aus einer Idee eine Praxis, die zeigt, wie Wissenschaft im besten Fall funktioniert.



*“The panels led to sparkling, thought-provoking discussions, and I felt energized by the diversity of perspectives. The rhythm of long, scholarly conversations during the day and lively dinner chats in the evening made the experiences uniquely stimulating and genuinely enjoyable.”*

**Dóra Piroška**, Associate Professor of International Political Economy, Central European University.

Nachwuchsforschende in einer prägenden Phase: beim Erproben von Ideen, beim Schärfen von Forschungsdesigns,

In einem Wissenschaftssystem, das zunehmend durch Spezialisierung und Wettbewerb geprägt ist, sind solche offenen Diskussionsräume nicht selbstverständlich. Indem die Konferenz Promovierende mit erfahrenen Forschenden verbindet und europäische mit amerikanischen Traditionen zusammenführt, stärkt sie die Fähigkeit der Sozialwissenschaften, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationen zu verstehen.

Die Summer Conference war nie als spektakuläres Ereignis gedacht. Ihre Bedeutung beruht auf Kontinuität und der Tiefe des Austauschs, den sie ermöglicht. Aus einem einmaligen Treffen ist eine

*“Memories of the Summer Conferences are, first and foremost, memories of places: sometimes anticipated (the wood-paneled rooms of the Kellogg School in Chicago, the upholstered lecture halls at Harvard), sometimes breathtaking (the Tuscan villas of Fiesole), and sometimes delightfully eccentric (the extraordinary setting of Schloss Ringberg). Above all, however, they are memories of exchanges with colleagues – those of today and those of tomorrow – and of the joy of building both an intellectual and a friendly community.”*



**Pierre François**, Professor of Sociology, Sciences Po.

# Nachrichten

## Regine Paul wird neue Forschungsgruppenleiterin



Regine Paul übernahm Mitte April die Leitung einer neuen Forschungsgruppe am MPIfG. Die Politikwissenschaftlerin wechselte von einer Professur an der Universität Bergen (Norwegen) an das Institut. Im Oktober nimmt die Gruppe „Technologie und Staatlichkeit“ ihre Arbeit auf. Sie untersucht, wie Staaten in globalen Technologiewettläufen um Konkurrenzfähigkeit kämpfen und was dabei gesellschaftspolitisch auf dem Spiel steht. Pauls Forschung bewegt sich von Migrations- und Sozialpolitik hin zur politischen Ökonomie digitaler Technologien. Im Zentrum steht die Frage, wie unterschiedliche Staaten ihre Technologieprojekte politisch legitimieren und wie globale Macht- und Hierarchieverhältnisse – einschließlich kolonialer und imperialistischer Beziehungen – diese Projekte bis heute prägen. Empirisch interessiert sich Paul besonders für die staatliche Steuerung von Künstlicher Intelligenz, Quantencomputern, digitalen Zwillingen und Biotechnologien zur Wiedererweckung ausgestorbener Arten – nicht nur in Europa, sondern auch in Ländern wie Brasilien, Indien oder Kenia.

## Jens Beckert forscht in Princeton



Jens Beckert wird ab September 2026 für ein Jahr an der School of Social Science des Institute for Advanced Study (IAS) in Princeton forschen. Er gehört zu den 21 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die für das akademische Jahr 2026/27 aus über 600 Bewerbungen ausgewählt wurden. Das IAS gilt als eines der weltweit renommiertesten unabhängigen Forschungszentren und lädt jährlich

herausragende Forschende ein, ihre Projekte in einem interdisziplinären Umfeld weiterzuentwickeln. In Princeton arbeitet Beckert an seinem Buchvorhaben *The Society Capital Creates*, das die sozialen und politischen Folgen wachsender Vermögenskonzentration und Kapitalmacht analysiert.

## Kia Vahland als Journalist in Residence am MPIfG

Von Juni bis August 2026 ist Kia Vahland als Journalist in Residence am MPIfG zu Gast. Vahland ist Politologin und promovierte Kunsthistorikerin; seit 2008 ist sie Redakteurin der Süddeutschen Zeitung. Am MPIfG wird sie untersuchen, wie deutsche Städte im internationalen Vergleich auf die ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen des Klimawandels reagieren. Im Mittelpunkt steht die Frage, unter welchen Bedingungen Maßnahmen zur Klimaanpassung politisch und sozial durchsetzbar sind, welche Akteure diesen Prozess vorantreiben oder bremsen und wer von ihm profitiert. Das Journalist in Residence Fellowship ermöglicht Medienschaffenden, ein selbst gewähltes Rechercheprojekt im direkten Austausch mit der Wissenschaft zu verfolgen. Ziel ist es, den Dialog zwischen Medien und Sozialwissenschaften zu gesellschaftspolitischen Themen zu stärken.

## Hanna Kuusela ist Scholar in Residence



Die finnische Soziologin Hanna Kuusela, Associate Professor für Soziologie an der Universität Jyväskylä, forscht ab Ende März als Scholar in Residence am MPIfG. Sie arbeitet an der Schnittstelle von ökonomischer Macht und kultureller Selbstdeutung: Wer gehört zu den Reichen, wie legitimieren sie ihren Reichtum – und was verrät das über die Gesellschaft, in der sie leben? Kuusela hat diese Themen

in den vergangenen Jahren am finnischen Fall entwickelt. Ihre aktuelle Forschung richtet den Blick auf Philanthropie: Welche Rolle spielen Großspenden und Erbschaftsmodelle in einem Wohlfahrtsstaat, der auf kollektiver Umverteilung gründet? Während ihres Aufenthalts am Institut hält Kuusela eine Vortragsreihe mit dem Titel „The Redistributive Ethos in Crisis: Three Imaginaries Dismantling the Welfare State“. Die drei Vorträge am 5. Mai, 26. Mai und 2. Juni 2026 gehen der Frage nach, welche normativen Leitvorstellungen den Wohlfahrtsstaat heute herausfordern.

## Lucio Baccaro wird 60



Lucio Baccaro feierte am 29. März seinen sechzigsten Geburtstag. Das MPIfG ehrt seinen Direktor mit einer Konferenz am 22. Mai zu seinen zentralen Forschungsfeldern: Industrielle Beziehungen, Governance und Wachstumsmodelle. Baccaros Forschung an der Schnittstelle von Internationaler und Vergleichender Politischer Ökonomie hat die Fachdebatten zu den politischen und institutionellen Grundlagen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nachhaltig geprägt und maßgeblich zur Entwicklung des Wachstumsmodell-Ansatzes beigetragen. Derzeit gilt sein Interesse der makroökonomischen Governance in der Eurozone. Nach Stationen am Massachusetts Institute of Technology (MIT), bei der International Labour Organization (ILO) sowie an der Universität Genf wurde Lucio Baccaro 2017 von der Max-Planck-Gesellschaft zum Direktor ans Kölner MPIfG berufen, das er seither mit Jens Beckert leitet.

in den vergangenen Jahren am finnischen Fall entwickelt. Ihre aktuelle Forschung richtet den Blick auf Philanthropie: Welche Rolle spielen Großspenden und Erbschaftsmodelle in einem Wohlfahrtsstaat, der auf kollektiver Umverteilung gründet? Während ihres Aufenthalts am Institut hält Kuusela eine Vortragsreihe mit dem Titel „The Redistributive Ethos in Crisis: Three Imaginaries Dismantling the Welfare State“. Die drei Vorträge am 5. Mai, 26. Mai und 2. Juni 2026 gehen der Frage nach, welche normativen Leitvorstellungen den Wohlfahrtsstaat heute herausfordern.

## MPIfG-Kuratorium trifft sich zur Jahressitzung



Im März 2026 ist das Kuratorium des MPIfG zu seiner jährlichen Sitzung zusammengekommen. Unter dem Vorsitz von Michael Hüther (Institut der deutschen Wirtschaft) trafen sich Barbara Albert (Rektorin der Universität Duisburg-Essen), Andrea Blome (Stadtdirektorin der Stadt Köln), Martin Börschel (NRW.Bank), Carsten Fiedler (BurdaForward und Focus+), Ferdos Forudastan (CIVIS Medienstiftung), Andrea Kienle (Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW), Werner Reinartz (Prorektor der Universität zu Köln) sowie Witich Roßmann (DGB-Stadtverband Köln). Katja Ketterle, Leiterin der Abteilung Institute in der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft, berichtete über aktuelle Entwicklungen in der Organisation. Ein besonderer Programmpunkt war der Vortrag von Erik Neimanns, wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG, zum Thema „Geldanlage oder Lebenshaltungskosten: Wann übersetzen sich steigende Hauspreise in Lohnverhandlungen?“. Das Kuratorium hat die Aufgabe, die Verbindung des MPIfG zur Öffentlichkeit zu unterstützen, und gibt in diesem Sinne wichtige Impulse an die Institutsleitung. Es besteht aus Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Medien, Politik und Wirtschaft.

## Pálma Polyák erhält Max Weber Fellowship



Pálma Polyák, Senior Researcher am MPIfG, wird im akademischen Jahr 2026/27 als Max Weber Fellow am European University Institute in Florenz forschen. Das Programm zählt zu den renommiertesten Postdoc-Förderungen in den Sozial- und Geisteswissenschaften. In ihrem Projekt „Who Builds, Who Buys: Green Demand Regimes and

the New Global Imbalances of the EV Transition“ untersucht Polyák die globale politische Ökonomie der Elektromobilität. Sie analysiert, wie China, die EU, die USA, Japan und Südkorea Produktionskapazitäten für Elektrofahrzeuge aufbauen, ohne die Nachfrage ausreichend abzusichern – und welche Überkapazitäten, Handelsspannungen und ungleich verteilten Klimafolgen daraus entstehen. Das Vorhaben baut auf Polyáks laufender Forschung zur globalen politischen Ökonomie der Batterieindustrie für Elektrofahrzeuge am MPIfG auf.

## Philipp Golka als Visiting Fellow an der LSE

Philipp Golka, wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG, war von Februar bis April 2026 Visiting Fellow an der London School of Economics and Political Science (LSE). Während seines Aufenthalts forschte Golka zu Klimarisiken und arbeitete an seinem Aufsatz „From Beck to Backlash: Climate Change and the Sociology of Threat“. In diesem Beitrag entwickelt er eine soziologische Perspektive auf Bedrohungen in Abgrenzung zu Ulrich Becks Risikogesellschaft. Das Projekt erweitert Golkas bisherige Forschungsschwerpunkte um die soziologische Dimension von Klimarisiken und verbindet sie mit seinen Arbeiten zu Finanzmärkten und Ungleichheit. Seit 2023 ist Philipp Golka als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Wirtschaftssoziologie am MPIfG tätig.

## Eva Maria Gajek erhält Preis der Universität Gießen



Die Justus-Liebig-Universität Gießen hat Eva Maria Gajek im Rahmen eines Akademischen Festakts mit dem Preis der Universität ausgezeichnet. Die Auszeichnung würdigt ihre Habilitationsschrift „Auf der Suche nach den Reichen: Eine Wahrnehmungs- und Wissensgeschichte von Reichtum im langen 20. Jahrhundert in Deutschland“.

Gajek versteht Reichtum dabei nicht nur als wirtschaftliche Größe, sondern als gesellschaftlich produziertes Wissen – mit Blick auf Machtverhältnisse, Sichtbarkeitsregime und Deutungskämpfe. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur historischen Ungleichheitsforschung. Gajek war von Oktober 2022 bis September 2023 als wissenschaftliche Mitarbeiterin sowie von Oktober 2024 bis März 2025 als Gastwissenschaftlerin am MPIfG tätig; dem Institut ist sie weiterhin als assoziierte Wissenschaftlerin verbunden. Im Mai 2025 hat sie die gemeinsame Leitung des Projekts „Where the Rich Live“ am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung übernommen.

## MPIfG beim Wissenschaftsfestival Köln



Das MPIfG hat im vergangenen November am ersten Wissenschaftsfestival Köln teilgenommen. Ziel des von der Kölner Wissenschaftsrunde organisierten Festivals war es, einer breiten Öffentlichkeit aktuelle Forschungsthemen zu vermitteln. Das Institut präsentierte unter dem Titel „Gesellschaft in der Klimakrise – Herausforderungen verstehen, Chancen gestalten“ interaktive Formate zur sozialwissenschaftlichen Klimaforschung. Am MPIfG-Stand erkundeten mehr als 500 Besuchende, wie sozialwissenschaftliche Forschung hilft, das Zusammenspiel von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Klimakrise zu verstehen. Im Fokus standen Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, Wohlstandsverteilung und dem klimafreundlichen Umbau unseres Wirtschaftsmodells. Bei einem Impulsvortrag im Speakers' Corner zum Thema „Wenn das Klima kostet: Vom Ahrtal zur Weltbühne“ zeigte Wirtschaftssoziologin Hannah Pool, wie zentral die Rolle des Geldes im Umgang mit dem Klimawandel ist – von lokalen Flutkatastrophen bis zu internationalen Klimaverhandlungen.

## Dustin Voss geht zur Handwerkskammer Köln

Dustin Voss wechselte im Februar 2026 als Referent für Standortpolitik an die Handwerkskammer zu Köln. Im Referat „Standortpolitik/Europa- und Landespolitik“ wird er Stellungnahmen und Positionspapiere zu standort- und handwerkspolitischen Themen erarbeiten sowie wirtschaftspolitische Interessen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene vertreten. Seit 2022 war Voss am MPIfG tätig, zunächst als Postdoktorand, seit 2023 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Politische Ökonomie. Seine Forschungsinteressen umfassen die Internationale und Vergleichende Politische Ökonomie mit Schwerpunkten auf Vermögensverteilung, Wohnungswesen und Generationskonflikten in alternden Gesellschaften. Dem MPIfG bleibt Voss als Mitglied des Alumni-Vereins verbunden.

## Clara Baumann wechselt an die Universität Münster



Clara Baumann wechselte im März 2026 als Akademische Rätin auf Zeit an die Universität Münster. Dort verfolgt sie in der Arbeitsgruppe für Wirtschaftsgeographie und Globalisierungsforschung von Sarah Sippel ein eigenständiges Habilitationsprojekt und wird zudem in der Lehre tätig sein. Die Gruppe untersucht globale Wirtschaftsbeziehungen aus kritischer und dekolonialer Perspektive. Hier schließt Baumann nahtlos an ihre bisherige Arbeit an: In ihrer Dissertation an der IMPRS-SPCE untersuchte sie am Beispiel chinesischer Investitionen in Kolumbien, wie globale Kapitalströme lokale Abhängigkeiten im Globalen Süden transformieren. Diese Expertise für transnationale Investitionsbeziehungen bringt sie nun in die Münsteraner Gruppe ein. Baumann war von 2019 bis 2024 Doktorandin an der IMPRS-SPCE und zuletzt als Postdoktorandin an der Universität Duisburg-Essen tätig.

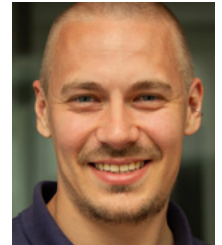
## ARTEMIS-Mentoringprogramm 2025



Im Rahmen des ARTEMIS-Förderprogramms der Max-Planck-Gesellschaft waren im Herbst 2025 zwei afrikanische Nachwuchswissenschaftler zu Gast am MPIfG. *Endalcachew Bayeh* (Bahir Dar University, Äthiopien) analysierte während seines Aufenthalts die geopolitischen Treiber der äthiopisch-chinesischen Beziehungen seit 1991. *Ngone Mirimi* (Universidade Lúrio, Mosambik) arbeitete zu den Folgen von Privatisierungsmaßnahmen für den mosambikanischen Energie- und Rohstoffsektor. Durch Gastaufenthalte in Deutschland fördert ARTEMIS den Zugang zu internationalen Netzwerken und unterstützt die wissenschaftliche Karriereentwicklung. Betreut wurden die beiden Doktoranden von Postdoktorandin Camilla Locatelli und Senior Researcher Dustin Voss am Institut in Köln. Locatelli resümiert: „Das ARTEMIS-Programm hat meine Mentoring- und interkulturellen Kompetenzen deutlich erweitert. Von Endalcachew konnte ich sowohl fachlich wie persönlich viel lernen. Besonders spannend war für mich seine Forschung zur Rolle Chinas in Äthiopien und zur geopolitischen Bedeutung des Landes im Horn von Afrika.“ Endalcachew Bayeh blickt ebenfalls positiv auf seinen Aufenthalt zurück: „Ich habe mich gefreut, an einem so intellektuell anregenden Institut arbeiten zu können. Camilla hat mir äußerst wertvolles Feedback gegeben. Die freundliche Atmosphäre am Institut bleibt mir in guter Erinnerung – durch die Offenheit der Menschen habe ich mich während meines gesamten Aufenthalts sehr wohlgefühlt.“

## Promotionen

In den vergangenen Monaten haben vier Doktorandinnen und Doktoranden der International Max Planck Research School on the Social and Political Constitution of the Economy (IMPRS-SPCE) ihre Dissertationen erfolgreich abgeschlossen. **Jeremiah Nollenberger** verteidigte im September 2025 an der Universität Duisburg-Essen seine Dissertation „Stabilizing the Coordinated Market Economy? Germany’s Government, Corporate, and Household Sectors in the Face of the Polycrisis“. Darin untersucht er, welche Mechanismen das deutsche Wirtschaftsmodell in Krisenzeiten stabilisieren und

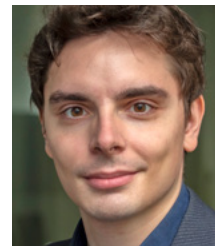


ob diese in unterschiedlichen Spielarten des Kapitalismus unterschiedlich wirken. Nollenberger arbeitet mittlerweile als wissenschaftlicher Mitarbeiter am European Trade Union Institute (ETUI).

**Ayodeji Stephen Akinnimi** wurde im Oktober 2025 an der Universität Duisburg-Essen promoviert. In seiner



Arbeit „Keeping a Job: Asylum Seekers and Refugees in Temporary and Non-Regular Employment“ analysiert er, wie Geflüchtete nach der Liberalisierung 2015 Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt finden. Aktuell ist Akinnimi als Research Associate am Institute of East Asian Studies der Universität Duisburg-Essen tätig. **Marco Oberti** verteidigte im Februar 2026 seine Dissertation „Forced Back into the Game But Unfit to Play: The Late Rebirth of European Industrial State Finance in the New Phase of Global Capitalism“ an der Universität zu Köln.



Die Studie geht der Frage nach, warum Industriepolitik und staatliche Entwicklungsfinanzierung nach jahrzehntelanger

Zurückhaltung wieder auf die politische Agenda gedrängt worden sind. **Franziska Wiest** verteidigte im April 2026 an der Universität zu Köln ihre Dissertation „Umkämpftes Vermögen: Patrimoniale Verhältnisse in superreichen Familien“. Darin analysiert sie die Wechselwirkung zwischen familialen Beziehungen und



Praktiken der Vermögensreproduktion in superreichen Familien in Deutschland. Wiest ist derzeit als Postdoc am MPIfG beschäftigt.

# Journal Articles, Discussion Papers und Dissertationen



## MPIfG Journal Articles

*Auswahl, diese und weitere Journal Articles unter*  
[www.mpifg.de/journal-articles](http://www.mpifg.de/journal-articles)

Benjamin Braun, Maximilian Düsterhöft  
**Noisy Politics, Quiet Technocrats: Strategic Silence by Central Banks.** Regulation & Governance (2025).

Björn Bremer, Robin Hetzel  
**Political Alignment and the Distribution of Investment Subsidies: Quasi-Experimental Evidence from Germany.** Public Choice (2025).

Helmut Bremer, Songül Cora, Natalie Pape, Lea Remmers  
**Habitus und Passungsverhältnisse von Teilnehmenden und pädagogisch Tätigen in der arbeitsorientierten Grundbildung.** Zeitschrift für Weiterbildungsforschung (2025).

Luca Cigna, Nina Lopez-Uroz  
**The Limits of Green Concertation: Business Fragmentation and the Political Economy of the Agricultural Transition in the Netherlands.** New Political Economy (2026).

Ned Crowley, Rebecca Elliott, Leon Wansleben  
**Fiscal Relations in Multilevel Climate Governance: How Conditional Project Grants Shape Local Climate Action.** Environment and Planning C: Politics and Space (2025).

Donato Di Carlo, Sinisa Hadziabdic, Lucio Baccaro  
**Dependency or Subsidization? An Input-Output Analysis of the Interconnectedness of Regional Growth Models in Italy.** Socio-Economic Review (2026).

Eva Maria Gajek  
**Von der Adresse zur Stadtstruktur: Symbolische Ordnung und soziale Ungleichheit im Ruhrgebiet.** Soziale Passagen 17 (2): 347–64 (2025).

Stephan Gruber  
**Peru's Other Path: Revisiting Neoliberal Populism (1978–2000).** Global Perspectives 7 (1): 159830 (2026).

Isabel M. Habicht, Daria Tisch  
**Rethinking Gender and Other Seemingly Nonmanipulable Characteristics for Causal Analysis.** Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (2026).

Martin Höpner  
**Flexible Kompetenzausschlüsse: Zum Umfang der EU-Sozialkompetenzen nach der Mindestlohntscheidung des EuGH.** Europarecht 61 (1): 3–34 (2026).

Emma Ischinsky  
**The Invisible Super-Rich? A Quantitative Analysis of the Press Coverage of Germany's Wealth Elite.** Sociology (2026).

Karen Lillie, Charlotte de Alwis, Daria Tisch  
**Male Heirs and Self-Made Women? Gender, Extreme Wealth and the Ivy League.** AERA Open 11 (2025).

Camilla Locatelli  
**Mind the Output Gap: The (De-)Politicisation of Fiscal Policy in the EU.** Journal of European Integration (2026).

Matteo Marengo  
**Welfare State and Platform Workers' Protection: The Role of Government Ideology in France and Italy.** Competition & Change (2025).

Pálma Polyák  
**Sacrifice Zones: How Europe's Electric Vehicle Transition Is Entangled with Coercive Zoning on Its Semi-Periphery.** Politics and Governance 14: 11267 (2026).

Pálma Polyák  
**High-Road or Low-Road? Europe's EV Battery Rollout and the Tradeoffs of Green Industrial Policy in a Geoeconomic World.** Review of International Political Economy (2026).

Danielle Pullan

**Doctors' Rights vs. Patients' Rights: Analyzing the Implementation of Italian Abortion Policy in Puglia.** Social Politics: International Studies in Gender, State & Society (2025).

Georg Rilinger

**Market Design as Organizational Problem: Explaining System Failures in Platform Markets.** American Journal of Sociology 130 (5): 1065–112 (2025).

Michael Schwan, Christine Trampusch, Jonas L. Horn  
**Industry 4.0 Inc. – Mergers and Acquisitions and the Digital Transformation of German Industry.** Competition & Change (2026).

Gregor Semieniuk, Isabella M. Weber, Iain S. Weaver, Evan Wasner, Benjamin Braun, Philip B. Holden, Pablo Salas, Jean-François Mercure, Neil R. Edwards  
**Best of Times, Worst of Times: Record Fossil-Fuel Profits, Inflation and Inequality.** Energy Research & Social Science 127: 104221 (2025).

Elizabeth Soer

**From Comrades to Capitalists: How South Africa's Economic Future was (Re)Imagined.** Journal of Southern African Studies 51 (3): 427–48 (2025).

Isabell Stamm, Allan Sandham

**A Bird's-Eye View on Family Business Succession: Ownership Transfer Regimes and How They Change.** Family Business Review (2026).

Saila Stausholm

**From Practice to Structure: Mapping the Professional Micro-Foundations of Offshore Finance.** Socio-Economic Review (2026).

Arianna Tassinari, Oscar Molina, Donato Di Carlo  
**Fighting with Blunted Tools? The Politics of Contemporary Inflation Management in Southern Europe.** Transfer 30 (3): 375–99 (2024).

Nhat An Trinh, Daria Tisch, Manuel Schechtel

**The (In)Appropriateness of Unequal Division: A Factorial Survey Experiment on Wealth Transfers Within Families.** Social Forces (2026).

Isabella M. Weber, Evan Wasner, Markus Lang, Benjamin Braun, Jens van 't Klooster

**Implicit Coordination in Sellers' Inflation: How Cost Shocks Facilitate Price Hikes.** Structural Change and Economic Dynamics 74: 690–712 (2025).



## MPIfG Discussion Papers

**Abstracts und Download**

[www.mpifg.de/discussion-papers](http://www.mpifg.de/discussion-papers)

Saila Stausholm, Javier Garcia-Bernardo

**A Practical Guide to LinkedIn Ad-Reach Data for Social Science: Methods, Challenges, and Five Applications.** MPIfG Discussion Paper 26/1.

Dasha Kuletskaya

**Performing Real Estate Value: The Elbtower and the Politics of the Future.** MPIfG Discussion Paper 25/7.



## IMPRS-SPCE Dissertations

**Abstracts und Download**

<https://imprs.mpifg.de/96335>

Ceren Çevik

**Adapt or Perish? Understanding Transnational Environmental NGOs' Strategies in China and Turkey.** Doctoral Dissertation, University of Duisburg-Essen. Studies on the Social and Political Constitution of the Economy. IMPRS-SPCE, Cologne 2026.

Agnes Maria Tarnowski

**Schule und Schulleitung in der Migrationsgesellschaft: Eine Mixed-Methods-Studie zum schulischen Umgang mit migrationsbedingter Diversität.** Doktorarbeit, Universität zu Köln, Köln 2025.

**Aktuelle Publikationen des MPIfG**

[www.mpifg.de/publikationen](http://www.mpifg.de/publikationen)

# Theorizing Imagined Futures from the Global South

## Workshop

27. und 28. Mai 2025

Die Zukunft ist zu einem viel diskutierten Thema geworden – nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in Kultur und Politik. Zukünfte sind imaginär und ungewiss, prägen dennoch unser Verständnis der Vergangenheit und unser Handeln in der Gegenwart. Den Forschenden am MPIfG ist das bewusst: Imaginierte Zukünfte sind seit mehr als einem Jahrzehnt ein zentrales Forschungsthema des Instituts. Allerdings hat sich dieses Forschungsprogramm bislang vor allem auf den Globalen Norden konzentriert und die Erfahrungen des Globalen Südens nur unzureichend theoretisch erfasst.

Genau diese Lücke wollte der zweitägige Workshop am MPIfG schließen. Er brachte Forschende aus unterschiedlichen Disziplinen zusammen – von der Anthropologie bis zur Wirtschaftswissenschaft. Im Mittelpunkt stand der Austausch über verschiedene Dimensionen imaginierter Zukünfte im Globalen Süden, insbesondere in Lateinamerika, Afrika und Palästina. Obwohl die Teilnehmenden umfangreiche empirische Kenntnisse mitbrachten, ging es nicht einfach darum, bestehenden theoretischen Modellen neue Fallbeispiele hinzuzufügen. Vielmehr sollten sie reflektieren, wie sich unser Verständnis von Zukunft in einem modernen kapitalistischen System verändert, wenn wir die Erfahrungen des Globalen Südens – Abhängigkeit, Stagnation und Informali-

tät – ernst nehmen. Ein zentrales Ergebnis der Diskussionen: Der Globale Süden ist nicht nur ein Ort der Ausbeutung, sondern auch ein Treiber weltgestaltender Projekte und sozioökonomischer Alternativen zum Kapitalismus.

Die Bandbreite der Beiträge war dementsprechend groß: Aspirationen in informellen Ökonomien in Argentinien und in der brasilianischen Metropole São Paulo; Informalität als dekolonialer Raum in Togo; Naturschutzprojekte im südlichen Afrika; rechtliche Fiktionen rund um Landbesitz in Kamerun – um nur einige zu nennen. Zu den Höhepunkten des Workshops gehörte ein Vortrag der Bonner Forschungsgruppe „Future Rural Africa“, die das Erbe gescheiterter Infrastrukturprojekte auf dem afrikanischen Kontinent untersucht hat. Diese Projekte haben unerfüllte Versprechen von Beschäftigung und wirtschaftlicher Dynamik hinterlassen, ebenso wie veränderte Landschaften und die hartnäckige materielle Präsenz unvollendeter Strukturen. Mehrere Teilnehmende wiesen darauf hin, dass diese „gespenstischen Entwicklungszukünfte“ mit lateinamerikanischen Erfahrungen resonieren und ein prägendes Merkmal südlicher Temporalitäten – also der spezifischen Zeit- und Zukunftserfahrungen im Globalen Süden – sein könnten.

Ein weiteres zentrales Thema war die Notwendigkeit, informelle Ökonomien

neu zu denken. Anstatt bloße Zeichen staatlicher Schwäche oder gescheiterter Entwicklung zu sein, stellen sie weltweit die vorherrschende Form wirtschaftlicher Organisation dar. In diesem Zusammenhang boten Matías Dewey mit Fokus auf Lateinamerika sowie Charles Piot mit Fokus auf Westafrika komplementäre soziologische und anthropologische Perspektiven auf die Zukunftsorientierungen informeller Ökonomien – und auf das wechselseitige Verhältnis, in dem diese Ökonomien solche Orientierungen zugleich prägen. Insgesamt zeigten die Diskussionen: Wer den Globalen Süden ernst nimmt, erweitert nicht nur den empirischen Horizont zukunftsorientierter Forschung. Forschende werden zugleich dazu gezwungen, dominante theoretische Annahmen über die Zukunft im globalen Kapitalismus zu überdenken – über eine Zukunft, die von globaler Ungleichheit, aber auch von emanzipatorischen Alternativen geprägt ist.

Stephan Gruber, Elizabeth Soer

# „BLAME“: Wissenschaft unter Druck

## Filmvorführung

3. Februar 2026

Der Schweizer Filmregisseur Christian Frei und Leon Wansleben, Leiter der Forschungsgruppe „Umstrittene Ökologien“ am MPIfG, diskutierten am 3. Februar im ODEON Kino Köln über den Umgang der Wissenschaft mit Faktenleugnung im öffentlichen Diskurs. Anlass war die Vorführung von Freis Dokumentarfilm „BLAME“. Das Nachgespräch moderierte die Wissenschaftsjournalistin Carolin Riethmüller.

Der Film zeichnet nach, wie drei internationale Forschende während der Covid-19-Pandemie zu Sündenböcken wurden. Sie hatten seit Jahren Viren untersucht, die von Tieren auf Menschen überspringen können, und früh vor einer möglichen Pandemie gewarnt. Nach dem Ausbruch von Covid-19 gerieten sie ins Visier von Desinformationskampagnen, Verdächtigungen und politischer Schuldzuweisung.

Im Gespräch erläuterten Frei und Wansleben, warum vereinfachte Narrative und klare Feindbilder in Krisenzeiten so gut verfangen. Wansleben bezeichnete die Pandemie als einen Kipppunkt; Populismus und Wissenschaftsskepsis hätten sich seitdem deutlich verstärkt. Populistische Akteure nutzten weltweit Wissenschaftsfeindlichkeit und Verschwörungstheorien gezielt zur Mobilisierung

ihrer Anhängerschaft. Wissenschaftliche Institutionen würden dabei mit „Eliten“ gleichgesetzt, während sich diese Akteure selbst als Stimme des „einfachen Volkes“ inszenierten. Erzählungen über „die da oben“ und angebliche geheime Absprachen verwandeln diffuses Misstrauen in handfeste Feindbilder – und erreichen damit Menschen quer durch unterschiedliche Milieus.

Frei betonte, dass Menschen grundsätzlich zu einfachen Erklärungen neigten. Wer Unsicherheiten schüre und Zweifel verstärke, könne daraus politisches Kapital schlagen – nach dem Motto: Was man nicht versteht, kann nicht stimmen. Wansleben zog Parallelen zur Klimakrise: Auch dort lösten wissenschaftliche Erkenntnisse Verunsicherung und Widerstand aus. Einflussreiche Teile der fossilen Industrie hätten dies ausgenutzt und Kampagnen finanziert, die gezielt Zweifel an wissenschaftlichen Befunden streuen. Seit der Pandemie seien Geschäftsmodelle gestärkt worden, die auf der Logik der Aufmerksamkeitsökonomie basieren, ergänzte Frei. Sowohl Blogger als auch große Medien orientierten sich zunehmend an Klickzahlen und Reichweite. Daran dürfe man sich nicht gewöhnen: Öffentliche Debatten über kontroverse Themen wie den Klimawandel seien notwendig, müssten jedoch auf Fakten beruhen.

Die Antwort auf diese Entwicklungen liegt nicht in größerer Lautstärke – darin waren sich beide einig. Frei bezeichnete „BLAME“ als einen ruhigen, differenzierten Beitrag zur Debatte. Wansleben gab zu bedenken, dass die Wissenschaft kurzfristige Aufmerksamkeitskämpfe in sozialen Medien kaum gewinnen könne. Er verwies auf den strukturellen Unterschied zwischen Wissenschaft einerseits und Politik und Medien andererseits: Forschung arbeite langsam und ergebnisoffen, während Politik und Medien an aktuelle Ereignisse gebunden seien. Wissenschaftliche Erkenntnisse würden oft erst dann relevant werden, wenn das Thema die Tagespolitik erreiche. Diese unterschiedlichen Logiken seien an sich nicht problematisch, entscheidend sei jedoch eine Stärkung dauerhafter Kommunikationskanäle mit klar benannten Rollen: Die Wissenschaft solle ihre Erkenntnisse transparent und verständlich vermitteln, einschließlich möglicher politischer Implikationen. Das Mandat für konkrete Entscheidungen liege bei den demokratisch gewählten Politikerinnen und Politikern.

Der Film wurde in ausgewählten deutschen Kinos gezeigt, begleitet von Gesprächen mit Christian Frei und Forschenden der Max-Planck-Gesellschaft.

Ida Seljeskog



# Internationaler Frauentag am MPIfG

9. März 2026

„Ich war oft die einzige Frau im Raum“, berichtete die Medienpsychologin *Sabine Trepte* (Universität Hohenheim) beim vierten Internationalen Frauentag am MPIfG über ihre Erfahrungen in der Wissenschaft. Solche Situationen sind kein Einzelfall, sondern Ausdruck struktureller Ungleichheiten, die bis heute akademische Karrieren prägen. Deshalb lag der Fokus des diesjährigen Frauentags auf Geschlechtergerechtigkeit in der Forschung. Darüber hinaus bot der Tag Anlass, Herausforderungen und Fortschritte bei der Gleichstellung zu reflektieren. Organisiert wurde die Veranstaltung von den Gleichstellungsbeauftragten Amanda Dixon und Karen Lillie, unterstützt von zahlreichen MPIfG-Mitarbeitenden sowie der Institutsverwaltung.

Trepte eröffnete das Programm mit einem Vortrag über geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Kommunikationswissenschaft. Ausgangspunkt ihrer Arbeit zu dem Thema war die Beobachtung, dass immer wieder dieselben – überwiegend männlichen – Forschenden zitiert werden. Aktuelle Zahlen aus den DACH-Ländern zeigen, dass der Anteil von Frauen an kommunikationswissenschaftlichen Veröffentlichungen von 22 Prozent im Jahr 2000 auf 54 Prozent im Jahr 2022 stieg. Bei den Zitationen zeigt sich jedoch ein deutlich langsame-

rer Fortschritt: Während im Jahr 2000 nur 23 Prozent der zitierten Arbeiten von Forscherinnen stammten, lag ihr Anteil 2022 bei 36 Prozent. Für Deutschland ergibt sich ein noch ernüchterndes Bild: Laut Elsevier liegt der Anteil von Autorinnen fachübergreifend bei lediglich 26 Prozent und damit unter dem globalen Durchschnitt.

Um dieses Ungleichgewicht sichtbar zu machen, entwickelte Trepte gemeinsam mit weiteren Forschenden das Tool „Diversity-X“, das Bibliografien wissenschaftlicher Arbeiten auf Diversität nach Geschlecht und Herkunft analysiert. Oft sei die ungleiche Zitierpraxis kein bewusster Akt, sondern das Ergebnis wissenschaftlicher Sozialisation und etablierter Netzwerke. Strukturell erklärt das Phänomen das Modell der „Leaky Pipeline“: Mit jeder Karrierestufe sinkt der Anteil von Frauen in der Wissenschaft – infolge fehlender Sichtbarkeit, ungleicher Förderung und der schwierigen Vereinbarkeit von Karriere und Familie. Vielfalt, so Trepte, verbessere jedoch nachweislich die Qualität von Forschung.

Im zweiten Vortrag sprach die Soziologin *Dounia Bourabain* (Universität Hasselt) über Sexismus und Rassismus in der Wissenschaft. Universitäten seien wei-

terhin durch diese strukturellen Hindernisse geprägt, während Diversität zunehmend als Teil institutioneller Marketingstrategien genutzt werde.

Auf Grundlage von Interviews identifizierte Bourabain drei zentrale Problembereiche: exkludierende Praktiken, die Wissenschaftlerinnen von wichtigen Aufgaben oder Netzwerken ausschließen; die systematische Unterbewertung ihrer Leistungen; sowie paternalistische Kontrolle, die besonders nichtweiße Wissenschaftlerinnen betreffe. Zugleich kritisierte sie das, was sie als symbolische „glückliche Vielfalt“ bezeichnet – eine Praxis, bei der Diversität etwa in Werbebildern zur Selbstdarstellung genutzt wird, ohne dass sich die zugrunde liegenden Machtstrukturen tatsächlich verändern.

In der anschließenden Diskussion wurden weitere Dimensionen von Diversität thematisiert, insbesondere soziale Herkunft. Auch aktuelle politische Entwicklungen kamen zur Sprache: Sowohl in den USA als auch in Europa geraten Diversitätsinitiativen an Universitäten zunehmend unter Druck.

Trotz dieser Herausforderungen formulierte Bourabain konkrete Ansätze für Veränderung. Als eine Form des Wider-



stands innerhalb institutioneller Strukturen nannte sie die Nutzung informeller und formeller Räume zur Veränderung von Machtverhältnissen. Dazu gehört beispielsweise, rassistische Vorfälle gezielt auf die Tagesordnung zu setzen, um ihre Thematisierung zu erzwingen und ein Verschweigen zu verhindern. Ebenso die Schaffung selbstorganisierter Schutzräume wie Schreibgruppen für Frauen, die kollektive Unterstützung und Austausch ermöglichen.

Auch Freude könne als gemeinschaftliche Praxis der Solidarität eine politische Form des Widerstands sein.

Begleitet wurde der Frauentag von einem Infotisch, einem Büchertausch, Spendenboxen für solidarische feministische Organisationen sowie einem Vorschlagsbriefkasten für Verbesserungsideen am Institut. Den Abschluss bildete die Vorführung des Dokumentarfilms „Ein Tag ohne Frauen“. Er erzählt die

Geschichte eines historischen Frauenstreiks in Island, bei dem im Jahr 1975 rund 90 Prozent der Frauen ihre Arbeit niederlegten und damit das öffentliche Leben des Landes nahezu zum Stillstand brachten – ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie kollektives Handeln gesellschaftliche Veränderungen anstoßen kann.

Robin Hetzel

## Fourth Doctoral Conference on the Social and Political Constitution of the Economy

### Konferenz

19. und 20. März 2026

Am 19. und 20. März fand am MPIfG die „Fourth Doctoral Conference on the Social and Political Constitution of the Economy“ statt. Über 30 Promovierende aus neun Ländern nahmen teil, darunter 11 Gäste externer Institutionen. Organisiert wurde die Tagung von Angehörigen

derIMPRS-SPCE, der Graduiertenschule des MPIfG, einem Kooperationsprojekt mit der Universität zu Köln und der Universität Duisburg-Essen. Eine Besonderheit bestand darin, dass der Konferenzraum über die beiden Tage – abgesehen von der Eröffnung durch den

geschäftsführenden Direktor Jens Beckert – den Nachwuchswissenschaftlern vorbehalten war.

In sechs Panels stellten 18 Promovierende ihre Projekte vor. Thematisch reichte die Konferenz von Umwelt- und Kli-



mapolitik über Reproduktionstechnologien und Klimaklagen bis hin zur politischen Ökonomie von Produktion und Infrastruktur, grüner Finanzwirtschaft sowie Vermögen und Reichtum gesellschaftlicher Eliten. Im Bereich Klimapolitik analysierte *Stephan Stuckmann* (MPIfG) Dekarbonisierungsstrategien in der deutschen Chemie- und Stahlindustrie, *Olan McEvoy* (Global Climate Forum) die Entwicklung erneuerbarer Energien in Irland und Dänemark sowie *Maxine Mölgen* (Copenhagen Business School) klimapolitische Diskurse anhand des Heizungsgesetzes. *Liz Dayanna Zarate Luengas* (Universidad Central de Chile) widmete sich dem Zusammenwirken von klinischem und erfahrungsbasiertem Wissen bei künstlicher Befruchtung, *Ildar Daminov* (Central European University) der Effektivität staatlicher Informationskontrolle in autoritären Kontexten und *Saba Mirhosseini* (Universität Bielefeld) dem Zusammenhang von rückläufigen Geburtenraten und dem technologischen Fortschritt in der Reproduktionsmedizin.

Juristische und transnationale Perspektiven standen im Mittelpunkt weiterer Beiträge: *Clara Kammeringer* (Universität Amsterdam) lieferte eine theoretische Analyse von Klimaklagen, *Angelo Giorgio Cuconato* (MPIfG) untersuchte die Rolle von NGOs in solchen Verfahren und *Carlotta Terhorst* (Johannes Kepler Universität Linz) widmete sich den Verlusten im Zuge der grünen Transformation in Spanien und Peru. Fragen der politischen Ökonomie von Produktion und Infrastruktur beleuchteten *Margarethe Hummel* (MPIfG) anhand des deutschen Leistungsbilanzüberschusses, *Abhinav Surya L T* (Universität Genf) am Beispiel der indischen Automobilindustrie und *Robin Hetzel* (MPIfG) mit Blick auf Unterinvestitionen in öffentliche Infrastruktur. Im Kontext grüner Finanzierung diskutierten *Asja Riggert* (FU Berlin) die Rolle von Schattenbanken und *Francesca Romana Paradiso* (MPIfG) die der Europäischen Zentralbank. Zum Thema Vermögen und Eliten schließlich untersuchten *Arthur Heeler-Frood* (University of Bristol) digitale Praktiken auf Online-Plattformen des

Kunsthandels, *Fan Fu* (University of California, San Diego) die mediale Darstellung chinesischer Eliten und *Annika Hoeft* (MPIfG) den Zusammenhang von Freundschaft und Reichtum unter deutschen Superreichen.

Neben den Panel-Diskussionen prägte ein weiteres Format die Konferenz. In der „Navigating Academia“-Sitzung tauschten sich die Teilnehmenden in Kleingruppen zu persönlichen und akademischen Strategien im Umgang mit Autoritarismus und Polarisierung aus. Darüber hinaus erwies sich die Vielfalt der internationalen Forschungsthemen und -hintergründe, in Verbindung mit der einladenden Atmosphäre und der Kollegialität, als zentrale Stärke der Konferenz und ermöglichte einen qualitativ hochwertigen Austausch. Damit löste die Konferenz ein, was Jens Beckert zu Beginn als ihr Potenzial beschrieben hatte: den Grundstein für gemeinsame akademische Wege zu legen.

Konstantinos Papanikolaou





# Fünf Fragen an ...

Marina Hübner

**Referentin in der Abteilung II, Bundeshaushalt im  
Bundesministerium der Finanzen | Doktorandin und  
Postdoktorandin am MPIfG von 2014 bis 2019**

Das Interview führte Ida Seljeskog.

**Marina, Du hast am MPIfG promoviert und anschließend als Postdoc gearbeitet. Wie hat diese Zeit Deinen weiteren beruflichen Weg geprägt?**

Als ich 2014 hier als Doktorandin anfang, war die Eurokrise in vollem Gange und auch die Nachwehen der globalen Finanzkrise noch stark spürbar. Am Institut versammelten sich damals viele kluge Köpfe aus aller Welt, um den Ursachen dieser Krisen auf den Grund zu gehen – und ich hatte die Chance, Teil dieses inspirierenden Umfelds zu sein. Das hat mich enorm motiviert und fachlich nachhaltig geprägt. Auf das am MPIfG erworbene analytische Rüstzeug – die Art, wie ich politische und wirtschaftliche Zusammenhänge betrachte und Probleme strukturiert angehe – greife ich auch heute noch in meiner Arbeit als Referentin im Bundesministerium der Finanzen zurück.

**An welches Erlebnis am MPIfG erinnerst Du Dich noch heute besonders gut?**

Die fünf Jahre am Institut waren so intensiv und prägend, dass es mir tatsächlich schwerfällt, ein einzelnes Erlebnis herauszugreifen. Besonders in Erinnerung geblieben sind mir jedoch die lebhaften Diskussionen etwa in den Doktoranden-

kolloquien: intellektuell fordernd, manchmal kontrovers, aber immer inspirierend. Ebenso beeindruckend waren die Vorträge internationaler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die neue Perspektiven eröffneten. Viele der besten Ideen entstanden allerdings oft in einem informellen Setting: bei Gesprächen auf der Dachterrasse des Instituts oder bei gemeinsamen Mittagessen beim „Steh-Italiener“ in der Severinstraße. Und dann gab es die besonderen Rituale – das Kölsch zu Karneval mit der „Karnevalsband“ des legendären Ernst Braun oder der traditionelle Pflaumenkuchen zum Start ins Wintersemester. Diese Mischung aus intellektueller Schärfe und Gemeinschaftsgefühl war einzigartig.

**Heute arbeitest Du als Referentin in der Haushaltsabteilung im Bundesministe-**

---

„Die Mischung aus intellektueller Schärfe und Gemeinschaftsgefühl am Institut war einzigartig.“

---

**rium der Finanzen in Berlin. Was macht Deine aktuelle Tätigkeit für Dich besonders spannend?**

Haushalt ist Politik in Zahlen. Haushaltsentscheidungen sind keine rein technischen Rechenübungen, sondern Ausdruck klarer politischer Prioritätensetzungen. Daran, wofür Mittel bereitgestellt werden – und wofür nicht –, lässt sich ablesen, welche Ziele eine Regierung verfolgt und welche Schwerpunkte sie setzt. An der Umsetzung dieser Entscheidungen bin ich als Referentin in der Haushaltsabteilung inhaltlich beteiligt. Diese unmittelbare Nähe zu politischen Entscheidungsprozessen und die Verantwortung für die Erarbeitung tragfähiger Lösungen machen meine Tätigkeit besonders spannend und zugleich sehr erfüllend.

**Welchen Rat würdest Du heutigen Doktorandinnen und Doktoranden mit auf den Weg geben?**

Ich würde ihnen raten, sich nicht zu sehr von äußeren Erwartungen leiten zu lassen, sondern mutig den eigenen Interessen und der eigenen Neugier zu folgen. Risiken und Unsicherheiten gehören dazu, und gerade aus Herausforderungen entstehen die wertvollsten Lernmöglich-

„Es lohnt sich, früh ein starkes Netzwerk aufzubauen, denn Unterstützung, Austausch und unterschiedliche Perspektiven sind unbezahlbar.“

keiten. Außerdem würde ich empfehlen, sich Zeit für Reflexion und Pausen zu nehmen, um langfristig produktiv zu bleiben. Darüber hinaus lohnt es sich, früh ein starkes Netzwerk aufzubauen, denn Unterstützung, Austausch und unterschiedliche Perspektiven sind unbezahlbar. Und nicht zuletzt würde ich ihnen raten, den eigenen Fähigkeiten zu vertrauen und der eigenen Intuition zu folgen.

**Und zum Schluss: Welches Buch hat Dich zuletzt richtig gefesselt?**

Zuletzt hat mich das Buch „Roman eines Schicksallosen“ von Imre Kertész

tief bewegt. Das autobiografisch inspirierte Buch schildert die Erfahrungen eines Jugendlichen in Auschwitz und Buchenwald – in einer nüchternen, fast sachlichen Sprache, die gerade dadurch umso eindringlicher wirkt. Besonders beeindruckt hat mich die Perspektive des Erzählers, der das Unfassbare ohne Pathos beschreibt und so die Absurdität und Grausamkeit des Lagersystems um-

so deutlicher macht. Die Lektüre war emotional fordernd, zugleich aber auch literarisch wie gedanklich außerordentlich eindrucksvoll. Vor allem aber ist das Buch eine Mahnung gegen das Vergessen. Es erinnert eindringlich daran, Verantwortung für die Erinnerung an die Vergangenheit zu übernehmen.

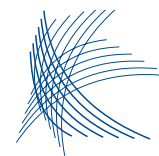


## Verein der Freunde und Ehemaligen des MPIfG

Der Verein der Freunde und Ehemaligen des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung e.V. ist das Netzwerk der Ehemaligen, der Kooperationspartner und der Unterstützer des MPIfG. Der Verein fördert den Gedankenaustausch zwischen seinen Mitgliedern und gibt ihnen die Möglichkeit, untereinander und mit dem Institut in Verbindung zu bleiben, etwa durch die Empfänge bei der SASE-Konferenz, Karriereworkshops und bei Mitgliedertreffen. Er unterstützt darüber hinaus den Dialog mit interessierten gesellschaftlichen Gruppen und trägt zur

Darstellung der Arbeit des MPIfG in der Öffentlichkeit bei. Herzstück der Alumni-Arbeit ist das MPIfG Symposium, das alle zwei Jahre in Köln stattfindet sowie eine Online-Reihe für Buchdiskussionen.

Die Mitglieder des Vereins sind ehemalige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Doktorandinnen und Doktoranden sowie Gäste, die die Forschung am Institut auch über ihren eigenen Aufenthalt hinaus unterstützen. Die Vereinsmitglieder sind natürliche und juristische Personen sowie sonstige Vereini-



**MPIfG**  
*friends & alumni*

[friends@mpifg.de](mailto:friends@mpifg.de) | [www.mpihg.de/friends](http://www.mpihg.de/friends)

gungen, die sich den Zielen des Vereins verbunden fühlen. Der Verein erhebt von seinen Mitgliedern einen jährlichen Beitrag und nimmt Spenden entgegen. Wir laden Sie herzlich ein, dem Verein beizutreten und aktiv zu werden.

# Impressum

Mit dem Forschungsmagazin *Gesellschaftsforschung* informiert das MPIfG zweimal im Jahr mit anschaulichen Artikeln und Berichten über seine Forschungsprojekte und -ergebnisse, Publikationen und Veranstaltungen. Es liefert Hintergrundinformationen aus der Forschung zu Fragen der aktuellen öffentlichen Diskussion. Sie erhalten das Magazin in einer PDF-Fassung per E-Mail oder als Printausgabe. Abonnement und weitere Ausgaben unter

[www.mpifg.de/magazin-gesellschaftsforschung](http://www.mpifg.de/magazin-gesellschaftsforschung)

© Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung  
Köln, Mai 2026

In Absprache mit der Redaktion frei zum Nachdruck.  
Abdruck nur mit Quellenangabe.

## Herausgeber

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung  
Paulstr. 3 | 50676 Köln  
Tel. +49 221 2767-0  
[www.mpifg.de](http://www.mpifg.de) | [info@mpifg.de](mailto:info@mpifg.de)

## Redaktion

Anna Zimmermann (verantw.), Ida Seljeskog, Thomas Pott

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin oder des Autors wieder und sind nicht als offizielle Stellungnahme des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zu verstehen.

## Bildnachweis

Titel: picture alliance/dpa | Axel Heimken; MPIfG/David Ausserhofer 2, 17 o.; picture alliance/SZ Photo | Florian Boillot 3; MPIfG/Astrid Dünkelfmann 4, 9, 17 u., 18, 19, 20 u., 21, 26; picture alliance/ASSOCIATED PRESS | Gregorio Borgia 5; picture alliance/Flashpic | Jens Krick 8; picture alliance/KEYSTONE | GEORGIOS KEFALAS 10; F.A.Z.-Foto / Lucas Bäuml 11; MPIfG 13, 15, 16 o.; Celine Bansart 14 o.; Jih-Chin Chen 14 r.; Samuel Carruthers 14 u.; CEU / Daniel Vege 16 u. l.; Unbekannt 16 u. r.; MPIfG/Nina Poppe 18 r., 27, 28; MPIfG/Jan Knoff 18 u., 25; KWR/Michael Bause 20 o.; Camilla Locatelli 21 l.; Constantin Ehrchen 29; picture alliance / dts-Agentur 30; iStock/Inna Reznik 32.

## Gestaltung | Satz

pigur design, Potsdam | Jeanette Störtte, Berlin

## Mehr Themen und Standpunkte aus der Forschung des MPIfG

Auf seiner Website stellt das MPIfG weitere aktuelle Forschungsprojekte vor und liefert Hintergrundinformationen zu Themen, die zurzeit öffentlich diskutiert werden. Mit ihren „Standpunkten“ kommentieren Forscherinnen und Forscher des MPIfG Entwicklungen in Politik und Wirtschaft. Durch die „Porträts“ lernen Sie die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kooperationspartner und Alumni des MPIfG näher kennen. In der Rubrik „Interviews“ sprechen sie über die Bedingungen ihrer Arbeit, neue Methoden und den Wandel der Forschungskommunikation.

[www.mpifg.de/forschung](http://www.mpifg.de/forschung)

## Das MPIfG

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eines der über achtzig Institute der Max-Planck-Gesellschaft e.V., die von Bund und Ländern finanziert wird. Als eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften betreibt es anwendungs offene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften. Es ist bei der Auswahl und Verwirklichung seiner Forschungsvorhaben frei und unabhängig.

## Folgen Sie uns auf Bluesky

[@mpifg.bsky.social](https://bsky.app/org/mpifg)

## Folgen Sie uns auf LinkedIn

[www.linkedin.com/company/mpifg](https://www.linkedin.com/company/mpifg)

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG  
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



# Vorschau Sommer 2026

## Kinderbetreuung zwischen Anspruch und Wirklichkeit

**Wissenschaft im Rathaus – in Kooperation mit der Kölner Wissenschaftsrunde**

Erik Neimanns, MPIfG  
Rathaus Köln – Spanischer Bau  
Montag, 7. September 2026, 18:30 Uhr

Trotz Ausbaubemühungen bleibt der Zugang zu Kita- und Ganztagsbetreuung vielerorts unzureichend, insbesondere für Familien mit geringem Einkommen, niedrigem Bildungshintergrund oder mit Migrationsgeschichte. Erik Neimanns zeigt in einer Studie starke regionale Unterschiede und weiteren Reformbedarf, um gleiche Bildungschancen zu sichern.



---

### Öffentliche Vorträge

Mittwoch, 10. Juni 2026, 16:30–18 Uhr  
**Midas Touch: On the Demand for Money in History**  
Jonathan Levy, Sciences Po, Paris

Mittwoch, 8. Juli 2026, 16:30–18 Uhr  
**Understanding Germany in Times of Genocide: Franz Neumann and the Ongoing Question of Imperialism**  
Kai Koddenbrock, Universität Bielefeld

---

### Max Planck Online Workshop in Comparative Political Economy (MAX CPE)

Eine Online-Seminar-Reihe in Vergleichender Politischer Ökonomie, organisiert vom Forschungsbereich „Politische Ökonomie“ am MPIfG. Die Workshop-Sprache ist Englisch.

[www.mpifg.de/max-cpe-workshop-series](http://www.mpifg.de/max-cpe-workshop-series)

---

### MPIfG Lectures zum Nachhören

Öffentliche Vorträge und weitere Beiträge des MPIfG als Audio- und Video-Podcasts:

[www.mpifg.de/podcasts](http://www.mpifg.de/podcasts)

---

### Aktuelle Veranstaltungen am MPIfG

[www.mpifg.de/veranstaltungen](http://www.mpifg.de/veranstaltungen)

---